

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 121 · 11. JAHRGANG · AUSGABE 2/2005 · VOM 4. FEBRUAR 2005 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Terror im
Barnim**
Sprengstoffanschlag in Bernau

7-10 | **Der Druck der Straße
im Kreistag Barnim**
Eberswalder Montagsdemos

14 | **Feiertags gab's
Fleisch mit Maden**
Zwangsarbeit im Waldlager Britz

Widerspruchskampagne hatte Erfolg

Erhöhung der Gaspreise gestoppt

von Bernd Pomraenke

In der »Stadtwerkezeitung« Nr. 4/2004 (Redaktionsschluß war am 22.11.2004) teilten die Stadtwerke Eberswalde GmbH, wie schon im Barnimer Blitz am 6.11.2004, mit, daß die Gaspreise wegen gestiegener Ölpreise ab Januar erhöht werden: »Diese Notierungen fließen über die entsprechenden Preisangleichungen jetzt sukzessive in die Kalkulation der Gasbezugspreise ab dem Januar 2005 ein, da der Gasbezugspreis unmittelbar an die Preisentwicklung des Rohöls gekoppelt ist.«

Eine Reihe von Bürgern legte demzufolge Widerspruch gegen die beabsichtigte Preiserhöhung ein und forderte auf Grundlage des § 315 BGB den Nachweis der Billigkeit der Preiserhöhung. Anregungen dazu waren vom Verbraucherschutz und vom Bund der Energieverbraucher gegeben worden (BBP 12/2004). Die Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim verteilte ebenfalls Musterschreiben.

Nun haben die Stadtwerke geantwortet: »Zum 1.1.05 wird es keine Erhöhung der Gaspreise geben, so daß Ihr Widerspruch hinfällig ist.« Hinfällig ist der Widerspruch damit allerdings keineswegs, solange die Stadtwerke nicht erklären, daß sie keinerlei Preiserhöhungsabsicht haben. Der hochgeschätzte Kunde der Stadtwerke erfährt aber nichts über den plötzlichen Sinneswandel und auch nichts über die zu erwartende weitere Entwicklungen. Sind die Ölpreise etwa wieder gefallen? Haben die Stadtwerke unerwartete Kostensenkungen erreichen können? Oder hatten sie sich vielleicht einfach nur verrechnet, als sie die Kalkulation für 2005 aufstellten? Das alles erfährt der Kunde nicht, denn geschätzt wird nicht der gut informierte, sondern nur der zahlende Kunde.

Der aufmerksame Kunde hat aber aus den Medien entnommen, daß die Preispolitik der Energielieferanten stark unter Kritik steht und teilweise auch die Kartellämter aktiv geworden sind. Da sind Fragen angebracht, welche Rolle die Stadtwerke Eberswalde im Geflecht der Energielieferanten spielen. Für den Direktkunden in Eberswalde jedenfalls haben sie eine monopolistische Position, d.h. der Kunde hat keine freie Wahl des Energielieferanten und ist daher der Preispolitik der Stadtwerke ausgeliefert.

Aber gerade hier gibt der § 315 BGB dem Kunden die Möglichkeit, vom Lieferanten den Nachweis der Billigkeit seiner Preisforderung zu fordern und gegebenenfalls gerichtlich prüfen zu lassen. In diesem Falle ist der Lieferant in der Beweispflicht. (Anders ist es, wenn der Kunde am Jahresende eine Rückforderung stellt. Dann trägt der Kunde die Beweislast). Diesen Nachweis haben die Widersprüchler von den Stadtwerken gefordert. Dazu müßten die Stadtwerke ihre Preiskalkulation offen legen. Das tun sie gewiß nicht gern, wenn überhaupt.

So gibt es vielleicht eine simple Erklärung für die Aussetzung der angekündigten Gaspreiserhöhung. Einerseits ist der »Kostendruck« vielleicht doch nicht so hoch, daß die Gewinne in Gefahr sind und/oder der Zeitpunkt wird nicht für günstig gehalten, weil alle Welt über

unseriöse Energiepreise redet. Wir werden es sicher nicht erfahren, wenn die Stadtwerke schon tunlichst vermeiden, die Aussetzung der Gaspreiserhöhung öffentlich zu machen. Zum späteren Zeitpunkt werden wir dann eine Preiserhöhung präsentiert bekommen (vielleicht mit der noblen Begründung man habe sich trotz gegebener Notwendigkeit der Preiserhöhung seit Januar nochmals »im Interesse der Kunden« zurückgehalten).

Zunächst aber bleibt festzustellen: Es ist gelungen, die Stadtwerke zur Aussetzung einer geplanten Preiserhöhung zu bewegen. Ein Erfolg für die sich wehrenden Bürger.

Was aber ist mit den Fernwärmepreisen? Mit der gleichen Begründung (siehe Amtsblatt 12/2004

S.9) wie für die Gaspreiserhöhung wurden die Fernwärmekosten angehoben. Die Mieter in fernbeheizten Wohnungen erhielten von ihren Vermietern Mitteilungen über die Fernwärmepreiserhöhungen ab Januar 2005 (von 7,2 % bei der WHG und 12,5 % oder gar 15 % bei der WBG!?) und die sich daraus ableitenden höheren Vorauszahlungen. Aber wieso werden die Fernwärmepreise angehoben, wenn keine Gaspreiserhöhung erfolgt? Die Fernwärme wird doch mit Gas erzeugt! Und warum erhöht sich der Preis bei den WBG-Mietern soviel stärker als bei den WHG-Mietern? Unverständlich ist auch, daß WHG-Mieter für »Nahwärme« (mit hauseigener Wärmeerzeugung auf Gasbasis) 6,7 % mehr zahlen, während WBG-Mieter bisher keine Erhöhungsmittelung haben? Von Transparenz kann keine Rede sein, obwohl die Fernwärmeverordnung die Veröffentlichung der



Blockheizkraftwerke auf Gasbasis, wie hier im Brandenburgischen Viertel, versorgen die großen Plattensiedlungen Eberswaldes mit Fernwärme. Für den Fernwärmebereich erfolgte keine Rücknahme der Preiserhöhung.

Fortsetzung auf Seite 2

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST 17.30 UHR.

Zum Lachen?

In der Januar-StVV hat der PDS-Stadtverordnete Gerd Markmann vorgeschlagen, die Eintrittspreise für den Eberswalder Tierpark zu senken. Dem ging ein Antrag der Verwaltung voran, als Ausgleich für geringere Zuschüsse die Preise zu erhöhen. Die Stadtverordneten konnten sich nicht durchringen, einem der beiden Vorschläge zu folgen und verwiesen beide Anträge in die zuständigen Ausschüsse. Über die vorgeschlagene Preissenkung hat man sogar gelacht und der Fraktionsvorsitzende der PDS distanzierte sich sofort.

Was ist daran so lächerlich? Jeder Kaufmann versucht durch Rabatt Kunden zu locken! Man kennt die Aktionen: Geiz ist geil, ich bin doch nicht blöd, Winterschlussverkauf, Pendlerabbatt, 20 % auf alles, Wochenendaktion, Firmenjubiläum, um nur einige zu nennen. Sie können es glauben, die Kaufleute machen das, um mehr zu verdienen. Kein Kaufmann hat etwas zu verschenken. Die Rechnung ist eigentlich ganz einfach. Zusätzliche Kunden kaufen mehr Waren. Zufriedene Kunden kommen wieder. Am zusätzlichen Umsatz verdient der Kaufmann. Alle sind zufrieden, sogar die Kunden. Die haben ein nämlich ein Schnäppchen gemacht und erzählen es dem Nachbarn.

Warum soll das im Tierpark nicht funktionieren? Sollten sich die Besucher des Tierparks nicht darüber freuen? Wer einmal zur Aktion im Baumarkt war, wird es sofort verstehen. Die Preissenkung löst eine Völkerwanderung aus und zieht zufriedene Kunden, die wie Weltmeister kaufen und immer wieder kommen. So etwas spricht sich rum bis nach Zäckerickerlose und Oberammergau. Jeder will dabei sein und kein Schnäppchen versäumen. Endlich würde ein städtisches Unternehmen die Preise senken. Was glauben Sie, wie weit sich dieser Ruf verbreitet? Und wie stolz die Einwohner würden? Das ist Werbung für die ganze Stadt Eberswalde! Warum sollen die Sponsoren keine Freude an zusätzlichen Besuchern haben? Man spendet doch um Freude zu machen und ein bißchen Werbung hat noch keinem geschadet. Ist das nicht der Sinn des Spendens? Auch die Mitarbeiter des Tierparks werden über die zusätzlichen Besucher begeistert sein. Ist es nicht ihre Arbeitsaufgabe, anderen die Freizeit zu verstüßen? Vielleicht freuen sich sogar die Stadtverordneten, wenn ihre Subventionen möglichst vielen Bürgern zugute kommen?

Ich finde das nicht zum Lachen. Eher kann man sich über das Gelächter und die beschränkte Phantasie nur wundern. Kennen sich die Stadtverordneten im wahren Leben so schlecht aus? Vielleicht fragen sie einfach einen Kaufmann. Dazu brauchen sie nur dienstags oder freitags auf den Markt. Oder sie laufen weiter und fragen in der Fachhochschule mal einen Betriebswirt. Und lachen können sie immer noch. Es fragt sich nur über wen und wann.

HEINZ SOLTAU

Fortsetzung von Seite 1

Erhöhung der Gaspreise gestoppt

Fernwärmepreise fordert. Zu fragen ist auch nach der Rolle der Vermieter. Obwohl diese eine quasi treuhänderische Funktion für die Mieter haben, reichen sie die Forderungen der Versorgungsbetriebe an die Mieter nur weiter. Spätestens nachdem die Stadtwerke auf die Erhöhung der Gaspreise ab Januar verzichtet haben, müßten die Vermieter die Rücknahme der Fernwärmepreiserhöhung fordern. Jeder Mieter ist gut beraten, diese Forderung an den Vermieter zu stellen.

Zu fragen ist schließlich nach der Rolle der Stadt im Zusammenhang mit der Preispolitik der Ver- und Entsorger. Schließlich ist die Stadt zu 100 Prozent Gesellschafterin der WHG Eberswalde, zu 50 Prozent Gesellschafterin des ZWA Eberswalde und zu 26 Prozent Gesellschafterin der Stadtwerke. Stadtverordnete sitzen in den Aufsichtsräten dieser Gesellschaften. Sie sind damit mitverantwortlich für eine Unternehmenspolitik, die nichts mehr mit Bürgerinteressen zu tun hat.

Ausländerbeirat LK Barnim (Teil 3)

Projektfinanzierung sichern

Integration heißt auch Teilhabe am Gemeinwesen. Im Barnim engagieren sich viele Initiativen für Integration und gegen Fremdenfeindlichkeit, darunter auch Migrantenorganisationen wie der Afrikanische Kulturverein »Palanca« e.V., die Selbsthilfegruppe »Kontakt« der Eberswalder Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und die jüdische Gemeinde in Bernau. Das Engagement der Selbsthilfegruppen ist ein wichtiger Beitrag nach innen und nach außen. Diese Initiativen brauchen daher Unterstützung – politisch und finanziell. Diese Initiativen, die mit viel Engagement aufgebaut worden sind, werden zusammenbrechen, falls sie keine Unterstützung erhalten.

Hier möchte ich das Beispiel der Selbsthilfegruppe »Kontakt« erwähnen, die als Modellprojekt des Bundes drei Jahre lang in Eberswalde gute Arbeit geleistet hat, brandenburgweit hoch gelobt wurde und nun vor dem Aus steht. Die Zuständigkeit für die Finanzierung solcher Aufgaben muß zwischen Land, Landkreisen und Kommunen unbedingt geregelt werden. (Es ist auch zu überlegen, ob die Möglichkeit besteht, daß solche Projekte mindestens im Rahmen von Arbeitsförderprogrammen unterstützt werden können).

Ein weiteres Problem der Finanzierung besteht bei der jüdischen Gemeinde Bernau. Wir wissen, daß der Landkreis für die Erstberatung und -betreuung der Spätaussiedler und jüdischen Migranten die Caritas-Migrationsberatungsstelle beauftragt hat. Diese leistet eine qualifizierte Arbeit. Die dafür benötigten Mittel kommen vom Land Brandenburg.

Für die Belebung des jüdischen Lebens in der Gemeinde ist diese Einrichtung aber nicht zuständig. Diese Aufgabe ist nur von der eigenen Community zu leisten. Der Staatsvertrag

zwischen der Landesregierung und der jüdischen Gemeinde des Landes Brandenburg ist aber noch nicht unter Dach und Fach, so daß die jüdischen Gemeinden in den einzelnen Kommunen keine ausreichende Finanzierung durch das Land Brandenburg erhalten und auf Unterstützung angewiesen sind. Auch wenn der LK diese Gemeinde deutlich finanziell unterstützt, vor allem die Personalfrage ist ungeklärt (Auch hier ist zu überlegen, ob als Überbrückung ABM oder andere Arbeitsförderinstrumente genutzt werden können).

Unser Bericht kann nicht alle Probleme benennen. Dafür ist die Zeit zu kurz. Wir schlagen vor, innerhalb von zwei Jahren eine Integrationsfachtagung des Landkreises gemeinsam zu organisieren, um uns über die Situation der Migrantinnen und Migranten und über die Integration Gedanken zu machen. Dazu werden alle Akteure einbezogen, von der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

2005 finden neue Wahlen des Ausländerbeirates statt. Die Arbeit, die wir begonnen haben, wird fortgesetzt und vielleicht besser gemacht. Dieses Mal, so hoffen wir auf ein entsprechendes Votum des Kreisausschusses, daß auch Deutsche und Migranten mit deutschem Paß kandidieren können. Der Erfolg des Ausländerbeirates hängt aber nicht allein von der Arbeit seiner Mitglieder ab. Ideal wäre ein Antragsrecht gegenüber dem Kreistag, zumindest aber ein Informations- und Anhörungsrecht.

Wir müssen auch von anderen politischen und gesellschaftlichen Organisationen unterstützt und vor allem ernst genommen werden. Ansonsten werden wir ein Gremium haben, das nur eine Alibifunktion erfüllt. Ich denke, wir alle hier wollen das nicht.

ALEKSANDR BINDER

ZITAT DES MONATS

HEUTE STEHEN WIR NUN VOR DER FRAGE, DER HAUSHALTSSATZUNG ZUZUSTIMMEN ODER NICHT. DIE SPD-FRAKTION IST NACH MEHREREN BERATUNGEN ZU DEM SCHLUß GEKOMMEN, DER VORLAGE IHRE ZUSTIMMUNG ZU GEBEN. WOHL WISSEND, DASS DER BESCHLUSS HIERZU MÖGLICHERWEISE IN DER JETZIGEN FASSUNG NICHT DIE GENEHMIGUNG DER KOMMUNALAUF SICHTSBEHÖRDE ERHALTEN WIRD.

CHRISTIAN TRILL, Sprecher der SPD-Fraktion in der StVV Eberswalde am 16.12.2004 zur Entscheidung über den Eberswalder Haushalt 2005

Terror im Barnim

Sprengstoffanschlag auf den Bernauer Jugendtreff Dosto

Zur Sache:

In der Nacht vom 22. zum 23. Januar hielten sich am Ende einer Musikveranstaltung zwischen 1 und 2 Uhr noch ca. 12 Jugendliche und eine Sozialarbeiterin im Jugendtreff Dosto auf.

Um 1.40 Uhr gab es einen lauten Knall, verbunden mit einem kurzen Vibrieren der Gebäudehülle. Die Anwesenden liefen in Richtung des Knalls und registrierten im Halbdunkel ein zerstörtes Fenster im sog. Seminarraum des Jugendtreffs. Die Polizei wurde gerufen, kurz das Gelände besichtigt und dann, aus Befürchtung eines eventuell folgenden Angriffs Rechtsextremer, im verschlossenen Gebäude das Eintreffen der Polizei abgewartet. Der Polizeieinsatz, einschließlich der ZeugInnenbefragungen und der Spurensicherung, dauerte bis in den Vormittag des 23. Januar. Die Polizei war mit Spezialisten aus den Bereichen Mord und politische Straftaten aus Frankfurt/Oder vor Ort. Sprengstoffspürhunde waren im Einsatz.

Der Schaden:

Eine Doppelglasscheibe wurde vollständig zersplittert. Reste davon wurden über einen Radius von bis zu 20 m auf das Gelände des Kulturhofes geschleudert. Der untere hölzerne Fensterrahmen wurde in Fasern gerissen und die innenliegenden Metallverbindungen durch die Explosionswucht nach innen gebogen. Die steinernen Fensterbankfliesen sind vollständig zerstört und herausgesprengt. Die verschlossene Tür des Raumes wurde durch die Druckwelle der Explosion aufgerissen und beschädigt.

Die Spurensuche vor Ort spricht von einem Sprengsatz. Die derzeitigen polizeilichen Ermittlungen werden nach § 308 StGB Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion geführt.

Die unmittelbaren Folgen:

Der Anschlag auf den Jugendtreff hatte Sachbeschädigungen zur Folge und das Potential zum Mord. Glücklichen Umständen ist es zu verdanken, daß keiner der Jugendlichen oder die Sozialarbeiterin sich in der Nähe des Fensters und im entsprechenden Raum aufhielten.

Zur Bewertung:

Ein solcher Anschlag erfordert Absicht und technische Vorbereitungen. Es handelt sich um einen gezielten Anschlag, unter Inkaufnahme oder Einkalkulation schwerer Verletzungen oder Todesfolgen von DostobesucherInnen. Die MitarbeiterInnen, der Trägerverein, die



sich ehrenamtlich engagierenden Jugendlichen und Freunde des Jugendtreffs sind zutiefst schockiert.

Für uns steht dieser Anschlag im Zusammenhang mit bisherigen Angriffen und Anfeindungen gegen den Jugendtreff und stellt eine bisher nicht vorstellbare Qualität dar. Kurz vor diesem Anschlag, am 22. Januar inszenierte die lokale rechtsextremistische Szene eine Demonstration gegen unser Jugendprojekt. Dies war der bisher deutlichste Höhepunkt einer Reihe von Aktionen diverser Kameradschaften und rechter Cliquen, die in Flugblättern, auf Aufklebern oder in Internetseiten die Schließung, das Abrennen oder in Zerstören des Dostos forderten. Die von uns beobachtete Zunahme organisierter und ideologisch gefestigter neofaschistischer Strukturen in und um Bernau wird nun immer offensichtlicher. Die Erfahrungen mit unterschiedlichen Formen von Rassismus und Rechtsextremismus der vergangenen Jahre zeigen deutlich, daß rechtsextremer Hetze zu oft auch die konkrete Tat folgt.

Gleichzeitig versuchen diese rechtsextremen Stimmungsmacher damit einen demokratischen Prozeß zuzuspitzen und zu polarisieren, in welchem sich die Stadt Bernau und die Stadtverordnetenversammlung für die Erhaltung der bewährten Jugendkulturarbeit durch den Jugendtreff Dosto entschieden haben.

Seit Jahren engagiert sich der Jugendtreff Dosto gegen Rassismus und Rechtsextremismus, initiiert Öffentlichkeitskampagnen wie die Aktion Noteingang oder informiert über Ideologie und Struktur neofaschistischer Gruppen. Die praktizierten Formen partizipativer Jugendbildungs- und Jugendkulturarbeit sind erfolgreich und bilden in Bernau immer wieder ein starkes jugendkulturelles Gegengewicht zu rechtsextremistischen und neofaschistischen Orientierungen Jugendlicher. Das ist gut und wird so bleiben.

Den Angriffen der rechtsextremistischen Szene auf die politische Kultur und die demokratischen Entscheidungsfindungen der Stadt Bernau muß geschlossen, von der Lokalpresse über Kommunalpolitik und der gesamten Bürgerschaft, entgegengetreten werden.

*BiF e.V., MitarbeiterInnen des Dosto,
Ehrenamtliche des Dosto*

PDS: Keine Zusammenarbeit mit Rechtspopulisten

Laut einem Pressebericht im »Oberbarnim-Echo« der »Märkischen Oderzeitung« vom 27. Januar 2005 haben sich vor dem Fraktionswechsel des Herrn Sandro Borchert von der Partei der Rechtsstaatlichen Offensive (ehemals Schill-Partei) zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) »auch die anderen Fraktionen« um Herrn Borchert »bemüht«. Für die Fraktion der PDS trifft diese Darstellung nicht zu. Wir haben uns zu keiner Zeit und in keiner Weise um ein Mitglied der Fraktion der Rechtsstaatlichen Offensive »bemüht«.

Von einer Distanzierung von dem auf einer dumpfen rassistischen und völkischen Ideologie aufsetzenden Populismus der Partei der Rechtsstaatlichen Offensive mit seiner Überbetonung staatlicher Zwangsmittel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme ist in der Übertrittserklärung des Herrn Borchert nichts zu lesen. Für eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit fehlt für uns weiterhin jegliche Grundlage.

Sollten Mitglieder der SPD-Fraktion Probleme mit der Zusammenarbeit mit Herrn Borchert sehen, bleibt ihnen ja auch die Möglichkeit einer Neuorientierung.

VOLKER PASSOKE, PDS-Stadtfraktion

Waldstadt ohne Baumschutz

Die Aufhebung der Baumschutzsatzung bedeutet einen Rückschritt in der Stadtentwicklung und bringt kaum eine Kostenersparnis. Nur 20 % der Arbeitszeit eines Mitarbeiters für den Baumschutz notwendig sind. Die entsprechenden Einnahmen gehen jedoch verloren.

Eberswalde nahm bereits 1991 den Baumschutz in die eigenen Hände und erließ eine vorbildliche Baumschutzsatzung. Diese hat sich seitdem bewährt. Die Wirkungen für die Stadt waren ausnahmslos positiv. Für gefällte Bäume mußte innerhalb des Stadtgebietes Ersatz geschaffen werden. Aus Ausgleichszahlungen konnte die Stadt gezielt Neuanpflanzungen vornehmen. Dank der bisher engagierten Arbeit in der Stadtverwaltung kann auf große Fachkompetenz zurückgegriffen und bei Problemen schnell und flexibel reagiert werden. Wichtige Bauprojekte sind durch die Baumschutzsatzung noch nie ver- oder ernstlich behindert worden.

Sicherlich gäbe es nach 13 Jahren Erfahrung mit der bestehenden Satzung inhaltliche Modifizierungs- und Verbesserungsmöglichkeiten. Den Baumschutz als eigene Aufgabe aber gänzlich aufzugeben und sich auf das inzwischen niedrige Landesniveau zurückzuziehen, steht der Waldstadt Eberswalde jedoch schlecht zu Gesicht. Negative Auswirkungen für das Stadtbild und ein Verlust an Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten sind zu befürchten.

ANDREAS FENNERT, Stellv. Fraktionsvorsitzender Grüne/BFB in der SIVV Eberswalde

**Beratung für Kriegsdienstverweigerer
mit Thomas Lehmann**

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Doch keine Zoo-Stiftung

Eberswalde (bbp). Im Herbst vorigen Jahres ging die Information durch die Tagespresse, wonach der im Frühjahr 2004 verstorbene Berliner Forstmann Dr. Gerd Finger der Stadt Eberswalde die Summe von mehr als 400.000 Euro vererbt habe. Als Auflage schrieb er in sein Testament, daß das vererbte Vermögen »ausschließlich für den Zoologischen Garten Eberswalde« zu verwenden sei.



Während Tierparkdirektor Dr. Bernd Hensch sogleich seine umfangreichen Umbaupläne für ein neues Tigergehege und die Sanierung des Sozialtraktes in der Öffentlichkeit ausbreitete, blieb Finanzdezernent Lutz Landmann mit seiner Idee, durch die Gründung einer Zoo-Stiftung den Tierpark langfristig und nachhaltig zu sichern, innerhalb der beschränkten Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlung. Landmann hatte so von Beginn an schlechte Karten. In einer gut organisierten Leserbriefkampagne wurde jedes Nachdenken über eine effektivere Organisation des Tierparkbetriebes als böswilligen Angriff auf das von Hensch Geschaffene und existenzgefährdend für den Tierpark dargestellt. Intern hieß es bald darauf, eine Stiftung wäre wegen der durch sie entstehenden Verwaltungskosten viel zu teuer. Dabei ging man offenbar von einer zusätzlichen Personalstelle aus. Und schließlich erhielt Hensch auch vom Nachlassverwalter Unterstützung, der das Vermächtnis des Erblassers in dessen Sinne interpretierte. Von einer Zoo-Stiftung ist seitdem keine Rede mehr.

Inzwischen verkündete Hensch ein umfangreiches Investitionsprogramm für den Tierpark. Allein in diesem Jahr sollen 510.000 Euro ausgegeben. 200.000 Euro aus der Erbschaft hat Hensch für die Sanierung des Sozialgebäudes vorgesehen. Die übrigen 310.000 Euro für den Neu- und Umbau diverser Tiergehege sollen Sponsoren finanzieren. Unklar ist, ob diese Pläne nur das Wunschdenken des Tierparkchefs widerspiegeln oder auf tatsächlichen Planungen beruhen. Im Jahr 2003 lag das Spendenaufkommen bei 113.000 Euro im Jahr davor bei 60.000 Euro. Für das Jahr 2004 plante Hensch noch Spenden in Höhe von 10.000 Euro ein. Im aktuellen Haushaltsjahr sind gar keine Spenden mehr eingeplant. Und auch die Erbschaft spiegelt sich Haushaltsplan der Stadt für das Jahr 2005 nichts wider. Dementsprechend ist im Haushaltsplan auch von den angekündigten Ausgaben nichts zu finden.

Bürger haben juristischen Kampf gewonnen

Gebührenerhöhung beim ZWA

Nachdem der ZWA hunderte von Verwaltungsgerichtsverfahren und Normenkontrollverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht verloren hat, scheint er endlich begriffen zu haben: Seine Satzungen seit 1997 waren rechtsfehlerhaft und damit nichtig, damit alle ausgefertigten Beitrags- und Gebührenbescheide, Erschließungsbeiträge und Grundstücksanschlußkosten sind nicht durchsetzbar. Den jahrelangen Kampf haben die Bürger, die juristischen Laien, gegen die Bürokratie, bewaffnet mit einer Armada juristischer Profis, endgültig gewonnen. Daran gibt es nichts zu deuteln.

Erinnern wir uns: Es war 1992: Der Vorstandsvorsteher tönte: Tausende DM Anschluß- und Erschließungskosten – das können wir unseren Bürgern nicht zumuten! Wir werden das sozialverträglich über moderate Gebührenerhöhungen regeln! Die Gebühren werden deutlich unter 10 DM/m³ liegen! Nach nur sechs Jahren, 1998, hörte sich das dann so an: Ein Verzicht auf Anschluß- und Erschließungskosten ist nicht machbar. Also zu deutsch. Kehrtwende, allerdings ohne Erfolg, jedenfalls bei denen, die sich gewehrt haben.

Trotz Millionen zusätzlicher Forderungen waren die durchschnittlichen Gebühren, auch dank neu erfundener Grund- und Bereitstellungsgebühren, auf mehr als 10 DM/m³ angehoben worden. Der Ministerpräsident nennt 10 DM/m³ als Schmerzgrenze. Wen kümmert schon Schmerz, den andere aushalten sollen!?

Nach weiteren sechs Jahren, wir schreiben das Jahr 2004, nun erneut die Kehrtwende. Die widerrechtlich geforderten Anschlußkosten und Erschließungsbeiträge sind nicht durchsetzbar. Also: Gebührenerhöhung. Das war

also die Kür des Vorstandsvorstehers mit doppelter Wende und Bauchlandung – natürlich jetzt auf einem wesentlich höheren »Niveau«. Wenn das, so wie von den Damen und Herren des ZWA geplant, wirksam wird, dann belauft sich die Forderung für eine Einzelperson mit einem eigenen Anschluß an den Kanal bei einem Wasserbedarf von nur 20 m³/Jahr auf 12,85 Euro/m³, das sind ca. 25 DM/m³ nur für Abwasser! Von Schmerzgrenze spricht keiner, nur von einer 11-12 prozentigen Gebührenerhöhung.

Daß bei solchen Gebühren mehr Geld für Wasser als für Brot zur Verfügung stehen muß, das kann niemand mehr bestreiten. Die Kosten für Wasser sind eine erhebliche Position in der Lebensmittelkasse, besonders bei Beziehern von ALG II. Aber Wasser ist ja auch unser wichtigstes Lebensmittel! Immerhin bestehen wir zu 60 Prozent daraus. Wo ist eigentlich das Problem? Dann müssen die Bürgerinnen eben an anderer Stelle sparen! Was sonst?

Ich hätte da ein paar Vorschläge: In der Wohnung Wattejacke und Pudelmütze tragen, das spart Heizkosten. Fernseher, Computer, Spülmaschine und Kühltruhe abschaffen, das spart Stromkosten. Öfter mal das Herzhäuschen im Garten nutzen – das spart Spülwasser, Man könnte sich auch das Rauchen abgewöhnen (vollständig) und das Essen (teilweise) und nur Wasser trinken – natürlich Leitungswasser – das spart dann richtig Geld, das wir dann dem ZWA geben können, damit der seine Fehlinvestitionen, d.h. Zinsen und Tilgungsraten für seine Schulden, bezahlen kann. Vielleicht gibt es ja auch noch bessere Vorschläge.

JOHANNES MADEJA, BKB/Freie Wähler

Fehlende Perspektiven

Berlin (bbp). »Fehlende Perspektiven für Familien« bescheinigt der aktuelle Familienatlas der Bundesregierung dem Landkreis Barnim. Alle 439 Kreise und kreisfreien Städte in der BRD wurden dazu unter die Lupe genommen. Von den acht Regionen-Gruppen, die jeweils ähnliche Rahmenbedingungen aufweisen, konnte allerdings keine einzige durchweg positiv bewertet werden. Alle Regionen, in denen Familien gut leben können, liegen in den alten Bundesländern und dort vornehmlich im Süden. Dort kommen die meisten Kinder zur Welt, gibt es Arbeit, macht sich Wohlstand breit. Allerdings fehlen Betreuungsmöglichkeiten. Hier haben die neuen Bundesländer (noch) einen deutlichen Vorsprung. Allerdings sieht es mit bei den anderen Kriterien schlecht aus. Bei der Bildung scheidet der Landkreis Barnim noch relativ gut ab. Negative Punktzahlen gab es hingegen bei der demografischen Bewertung und – trotz der relativ guten Betreuungsmöglichkeiten – hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Energiesparkontor Barnim e.V.:

Energiepreise 2005

Eberswalde (nau/bbp). Zur letzten Beratung des Energiesparkontor Barnim e.V. im Jahr 2004 informierte Reinhard Splinter aus Sicht der Stadtwerke über den künftigen Preistrend. Für die WHG würden 2005 die Fernwärmepreise um 7,2 Prozent erhöht. Hintergrund sei die Ankündigung des Gaslieferanten GASG, die Lieferpreise um 8 Prozent zu erhöhen. Dieser begründet das mit der Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis. Splinter erläuterte, daß die Erdgasimportpreise nicht in dieser Weise gestiegen sind, bzw. steigen werden. In der anschließenden Diskussion wurde darauf verwiesen, daß auf dem Energiesektor ab 2005 fünf neue Gesetze wirksam werden. Die Stadtwerke vertreten die Meinung, daß die Strompreise durch die Einspeisung von regenerativen Energien nach oben getrieben werden. Der Steueranteil in den Energiepreisen befinde sich bei ca. 40%. Ab 1.1.2005 werde als neue Steuer die CO₂-Steuer wirksam.

Aufschwung ausgelagert

»Warum stehen in der Zeitung falsche Angaben?«, fragte Erika Klatte auf der Eberswalder Montagsdemo am 3. Januar (BBP 1/2005). Dieser Frage schließe ich mich an. Auch ich beziehe mich dabei auf einen Artikel in der MOZ, die am 7. Januar auf ihrer Wirtschaftsseite titelte: »Maschinenbau im Aufwind«.

Ganz konkret geht es mir um das Bild und die dazugehörige Bemerkung: »Die 55 Mitarbeiter der Rose Gehäusetechnik GmbH«. Einmal davon abgesehen, daß sich diese Firma nicht im »Aufwind« befindet, arbeitet der auf dem Foto abgebildete Mitarbeiter schon seit

Jahren nicht mehr dort und die abgebildete Maschine steht schon seit geraume Zeit im Osteuropäischen Ausland. Ich selbst war einer der 55 Mitarbeiter und habe bis Dezember 2003 sieben Jahre als Maschinenbediener dort gearbeitet. Glücklicherweise bin ich wieder in Arbeit, aber ich kann natürlich nicht für die restlichen 54 Mitarbeiter sprechen.

Sie sehen, ein gesundes Maß an Mißtrauen ist heute wichtige denn je. Bestenfalls unterstelle ich der MOZ schlampige Arbeitsweise und damit möchte ich es bewenden lassen.

ANDY LOSCH

Mehr Tierparkbesucher durch Eintrittspreissenkung

Betriebswirtschaftliche Rechnungsführung in der Stadtverwaltung?

Der Tierpark sei kein Unternehmen, sondern eine öffentliche Einrichtung. Und als solche benötige der Tierpark stets Zuschüsse. So entgegnete laut MOZ vom 8./9.1.2005 Finanzdezernent Lutz Landmann dem BKB-Fraktionsvorsitzenden Dr. Günther Spangenberg im Eberswalder Hauptausschuß, als dieser Anstrengungen seitens des »Unternehmens Zoo« vermieße, selber Kosten einzusparen. Öffentliche Einrichtungen brauchen stets Zuschüsse. Punkt! Man muß sich also über die Eberswalder Haushaltsprobleme nicht wundern.

Angesichts des mittelalterlichen Finanzmanagements der Kameralistik – alle Einnahmen fließen in einen großen Topf, aus dem dann die im Haushaltsplan festgelegten Ausgaben realisiert werden – ist es tatsächlich schwierig, einer öffentlichen Verwaltung mit betriebswirtschaftlichen Überlegungen zu kommen. Mich erinnert das an »Sachsens Glanz und Preußens Gloria«, einem DDR-Fernsehfilm aus den 80er Jahren. Da befragte der Sachsenkönig August III. vor neuen Anschaffungen regelmäßig seinen Finanzminister: »Brühl, haben wir noch Geld?« und Brühl antwortete ebenso regelmäßig: »Aber Majestät, selbstverständlich«.

Von einer ebensolchen Selbstverständlichkeit scheint Tierparkdirektor Bernd Hensch auszugehen. Seit 2001 liegt der jährliche Zuschuß der Stadt für den Tierpark regelmäßig bis zu 300.000 Euro über der in den Haushaltsplänen festgelegten Summe (vgl. BBP 1/2005). Von einem Sparbewußtsein ist in den Äußerungen des Tierparkchefs indes nichts zu verspüren. Es scheint gar, als spielten nicht einmal mehr die von der StVV beschlossenen Haushaltspläne in dessen Überlegungen eine Rolle. Vielmehr brilliert Hensch allenthalben mit seinen Visionen. Erst jüngst überordnete er die Öffentlichkeit (und die Stadtverordneten) mit Plänen, in diesem Jahr mehr als eine halbe Millionen Euro in den weiteren Ausbau des Tierparks zu investieren.

Im Haushaltsplan 2005 liest man davon nichts. Womöglich existiert da noch irgendwo ein Schattenhaushalt?

Die Kameralistik wird in den nächsten Jahren überwunden. Die StVV Eberswalde beschloß vor einem Jahr die »Einführung der Doppik in der Stadtverwaltung«, bei der es um die »Implementierung betriebswirtschaftlicher Instrumente« in das kommunale Haushaltswesen geht. 85 Jahre nach dem Sturz des Kaisers vollzieht der öffentliche Dienst die Wende vom Feudalismus zum Kapitalismus.

Auch wenn die doppelte Rechnungsführung noch Zukunftsmusik ist, was hindert den Tierpark, schon jetzt betriebswirtschaftlich zu handeln? Wenn für die Extravaganzen des dritten Sachsen-August das Geld knapp wurde, erhöhte Brühl einfach die Steuern – wobei er dafür sorgte, daß immer ein guter Teil davon in seinen Schatzkammern landete. Die Erhöhung von Steuern und Gebühren oder eben Eintrittsgeldern scheint auch heute das Nonplusultra von kameralistisch denkenden Stadtangestellten zu sein. So lag auf der StVV am 20. Januar das Ansinnen einer Preiserhöhung für den Tierpark auf dem Tisch. Nur so könne der Tierpark die beschlossene Zuschußreduzierung überleben. Daß durch erhöhte Preise möglicherweise die Besucher wegbleiben, kommt den Vorlageneinreichern nicht in den Sinn.

Dieses Risiko sollte die Stadt nicht eingehen. Mein Vorschlag: Statt erhöht sollten die Tierparksbeiträge gesenkt werden. Die Attraktivität des Eberswalder Tierparks würde sich für breite Teile der Bevölkerung erhöhen. Zugleich setzt die Stadt Eberswalde ein öffentlichkeitswirksames Zeichen, daß sie ihre Haushaltsprobleme nicht auf die Bürgerinnen und Bürger abwälzt. Außerdem wird den Sponsoren des Tierparks gezeigt, daß deren Engagement, mit ihrer Spende in der Stadt Eberswalde ein attraktives und preiswertes Freizeitangebot vorzuhalten, Ernst genommen wird. Das erhöht den Anreiz für Sponsoren, sich für den Tierpark zu engagieren. All das bietet Chancen, die Besucherzahlen nachhaltig zu steigern und trotz Preissenkung die Einnahmen aus Eintrittsgeldern zu erhöhen.

GERD MARKMANN

Wie eine Nachfrage bei der Rose Gehäusetechnik GmbH ergab, wunderte man sich auch dort über die Veröffentlichung in der MOZ. Der abgebildete Mitarbeiter sei schon seit dem Jahr 2000 nicht mehr bei der Firma beschäftigt. Auch die Auslagerung eines Teils der Produktion einschließlich der Maschine auf dem Foto nach Rumänien wurde bestätigt. Die Zahl der 55 Mitarbeiter sei aber aktuell, davon sind noch immer 49 in der Produktion beschäftigt. Vor dem Beginn der Produktionsverlagerung lag die Zahl der Mitarbeiter bei mehr als 80. Die Produktion der Rose Gehäusetechnik GmbH ist in zwei Fertigungsbereiche geteilt. In der Metallverarbeitung werden u.a. Aluminium zu Profilen und Gehäusen verarbeitet sowie Kunststoffgehäuse und Industrielampen montiert. Die Kunststoffspritzerei fertigt Kunststoffgehäuse und andere Kunststoffteile. Ursprünglich waren allein in diesem Bereich fast 50 Arbeitskräfte beschäftigt. Inzwischen hat jedoch die Konzernzentrale der Phoenix-Mecano AG in der Schweiz, zu der die Eberswalder Firma gehört, in Rumänien mit dem Aufbau einer neuen Kunststofffabrik begonnen. Damit will man näher an den osteuropäischen Kunden sein, aber auch von den niedrigeren Löhnen in Rumänien profitieren. Ein Teil der Eberswalder Maschinen steht dort bereits. Der übrige Teil der Kunststoffspritzerei wird bald folgen.

Erhöhte Kommunalabgaben

In letzter Zeit haben unter anderem auch die kommunalen Gasversorger und Wasserver- und -entsorger eine Erhöhung ihrer Gebühren angekündigt. Die hinter uns stehende Basis der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB) hat umgehend reagiert. So erhielten die Stadtwerke Eberswalde als zuständiger Gasversorger zahlreiche Widersprüche der Bürger gegen die angekündigte Preiserhöhung. Mit dem Erfolg, daß die Stadtwerke ihre für den 1.1.2005 angekündigte Gebührenerhöhung zurücknahmen.

Unsere Fraktion dankt ihrer Basis für das konsequente Eintreten für Bürgerinteressen.

Die vom ZWA Eberswalde beschlossene Umstellung der Beitragszahlung für Anschluß- und Erschließungskosten zur Gebührenzahlung führt zu einem Zulauf von Bürgern zum BKB. Dabei handelt es sich um Bürger, welche ihre Anschlußkosten und/oder Erschließungsbeiträge gezahlt haben und sich dennoch mit einer Gebührenerhöhung konfrontiert sehen. Dabei mußten sie feststellen, daß in den meisten Fällen eine Rückzahlung ihrer Beitragsgelder nicht nur nicht erfolgt, sondern infolge der z.B. nun höheren Grundgebühren für Abwasser sie weitere Vorleistungen erbringen. Aber auch ohne Berücksichtigung der ermeuten Gebührenerhöhung würde eine Rückerstattung der geleisteten Zahlungen für Beiträge nach dem ZWA-Modell so schleppend erfolgen, daß i.d.R. rund 150 Jahre vergehen.

Fraktion und Basis sind sich einig, daß so nicht verfahren werden kann.

Dr. G. SPANGENBERG, Vorsitzender der Fraktion der BKB in der StVV Eberswalde

Fachgemeinschaft Bau

Warnung vor Mißbrauch

»Ein-Euro-Jobs ganz erhebliche Gefahr«

Mit erheblicher Skepsis blickt die Fachgemeinschaft Bau zu Beginn des neuen Jahres auf die Initiativen der Bundesregierung zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. »Wenn sich herausstellen sollte, daß sich Ein-Euro-Jobs für unsere Branche als ähnlicher Flop erweisen wie Minijobs und Ich-AGs, dann wird die mittelständische Bauwirtschaft in der Region auch durch diese Initiative eher bekämpft als unterstützt«, kritisiert der Hauptgeschäftsführer der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg, Wolf Burkhard Wenkel.

»Bereits die Steuerungsinstrumente Minijobs und Ich-AGs haben in unserer Branche zu erheblichem Mißbrauch geführt«, zeigt sich der Hauptgeschäftsführer mit den bisherigen Initiativen der Bundesregierung alles andere als einverstanden. Bei vielen Ich-AGlern handele es sich in Wirklichkeit keineswegs um selbständige Kleinst-Unternehmen, »sondern vielmehr um von der Bundesregierung versteckt geförderte Arbeit in der Scheinselbständigkeit«. Auch die Minijobs lüden zum groß angelegten Mißbrauch ein: »Die Arbeitszeiten im Rahmen von Minijobbern sind für den Staat in der Regel nicht kontrollierbar und werden so ebenfalls ausgenutzt«, so Wenkel. Die Fachgemeinschaft Bau werte diese Initiativen als Legalisierung von Schwarzarbeit durch die Bundesregierung – »dadurch werden ordentliche Arbeitsverhältnisse gerade in der Bauindustrie schlicht vernichtet, denn mit staatlich subventionierter Arbeit können unsere Mitgliedsbetriebe nicht konkurrieren«.

Ähnliche Bedenken hegt Wenkel im Bereich der Ein-Euro-Jobs. Denn diese Initiative lade öffentliche Institutionen geradezu ein, bisher bei Handwerksbetrieben in Auftrag gegebene Arbeiten in Zukunft von eigenen Ein-Euro-Jobbern erledigen zu lassen, »freilich unter dem Deckmäntelchen der Gemeinnützigkeit«. Dies sei nicht nur kontraproduktiv im Sinne der Bundesagentur für Arbeit, sondern stelle die Existenz vieler kleinerer und mittlerer Betriebe vor allem im Baubereich auf die Kippe.

Ab diesem Jahr will die Bundesregierung rund 600.000 Ein-Euro-Jobs in der Bundesrepublik schaffen, die im Amtsdeutsch als »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung« (MAE) bezeichnet werden. In einer Vereinbarung, die die Fachgemeinschaft Bau im Dezember vergangenen Jahres unter anderem mit der Bundesagentur für Arbeit, dem brandenburgischen Arbeitsministerium und weiteren Wirtschaftsverbänden unterzeichnet hat, heißt es: »Um eine Gefährdung bestehender Arbeitsverhältnisse im gewerblichen Bereich (erster Arbeitsmarkt) auszuschließen, darf die öffentliche Auftragsvergabe an Privatunternehmen nicht beeinträchtigt werden.«

HEIKO WIEGAND, Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V.

DGB warnt vor flächendeckenden »1-Euro-Jobs«:

Sozialer Friede in Gefahr

Vor einer schleichenden Aushöhlung regulärer Arbeitsverhältnisse warnt der Deutsche Gewerkschaftsbund. Angesichts der Begehrlichkeiten bei DIHK und einigen Politikern, sog. 1-Euro-Jobs in der gesamten Wirtschaft einzuführen, erinnerte Dieter Scholz, DGB-Vorsitzender in Berlin-Brandenburg, an die gemeinsame Erklärung von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Darin wurde eindringlich davor gewarnt, reguläre Jobs zu verdrängen. Pflichtaufgaben des öffentlichen Dienstes sollten nicht durch Billiglöhner übernommen werden; dabei habe man sich ausdrücklich hinter das Gesetz gestellt. Die Erosion des Tarifgefüges durch Lohndumping und Unterlaufen von Tarifabschlüssen gefährde den sozialen Frieden. Wenn Lohndrückerei gesellschaftsfähig werde, drohe die Zerreißprobe in der Gesellschaft.

Während sozial Schwache um jegliche finanzielle Unterstützung kämpften, sei die Politik nicht in der Lage, Regeln für überbordende Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten aufzustellen. Laufende Gehaltszahlungen durch Privatunternehmer, sog. Beraterverträge sowie dutzende Nebenjobs wie Aufsichtsrats-tätigkeiten sprächen für eine Selbstbedienungsmentalität, die angesichts der Not in der Gesellschaft obszön wirke. Das sei auch mit einem Berufsparlament nicht in Einklang zu bringen. In diesem Zusammenhang müßten auch die explodierenden Managergehälter thematisiert werden. Die politische Öffentlichkeit sollte die Debatte um angemessene Alimentierung auch vor dem Hintergrund wachsender Armut und Ausgrenzung führen, sagte Scholz.

ANDREAS SULT,

DGB Region Uckermark/Barnim

Kürzungen immer zu Lasten der Bürger

Wie Ihr vielleicht schon gehört habt, sollen die Eintrittsgelder für den Zoo erhöht werden. Als Grund wird die Kürzung der Zuschüsse um 160.000 Euro genannt. Deshalb stellte der Herr Bürgermeister zur StVV am 20. Januar einen Antrag auf Preiserhöhung. Da ich davon wußte, nahm ich mir die Zeit und ging zu dieser StVV-Sitzung. Ich nutzte die Möglichkeit der Fragestunde und fragte folgendes:

Wenn die Eintrittsgelder im Zoo erhöht werden, wie sieht es dann mit den Arbeitslosen aus? Laut der Aufstellung für die Regelleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige hat man den Betroffenen einen gewissen Anteil der Regelleistung als Aufwendungen für Freizeit, Kultur, Sport, Bücher, Zeitungen, Veranstaltungen und Bildung zugestanden. Dieser Anteil beträgt 20 Euro monatlich!

Da aber schon die MOZ 18 Euro im Monat kostet, wie soll sich da ein Betroffener einen Zoobesuch leisten können? Klar habe ich auch

gehört, daß die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger ebenfalls – wie die Kinder, Rentner, Azubis und Studenten – Ermäßigung bekommen sollen. Aber die Preise für Ermäßigungskarten sollen ja auch angehoben werden.

Da soll der Eintritt für Erwachsene nicht mehr 5 Euro sondern 6 Euro betragen. Die Ermäßigung nicht mehr 3 sondern 3,50 Euro.

Streichungen und Kürzungen und Kürzungen und Streichungen! Aber, wie immer, nicht an den richtigen Stelle. Hat die Stadt keine anderen Möglichkeiten, ihre Haushaltsmisere zu lösen, als immer auf dem Rücken ihrer Bürger? Von Herrn Markmann (PDS) wurden sogar Preissenkungen gefordert. Leider war das aber nur ein Einzelantrag, den die übrige Fraktion nicht unterstützte. Aber zuguterletzt wurde dem Antrag auf Erhöhung der Eintrittsgelder für den Zoo nicht zugestimmt, sondern in die Ausschüsse verwiesen.

FRANK TÖPFER am 24. Januar

Nicht dabei gewesen?

Ehrlich gesagt hatte ich beim Lesen des Artikels »Arbeitslose finden offenes Ohr«, mit dem die MOZ am 21.1. über den Sonderkreistag berichtete, den Eindruck, daß der Artikelschreiber die Kreistagssitzung gar nicht miterlebt hat. Er muß sich durch einen Hintereingang hereingeschlichen haben, denn die vierzig Demonstranten vor dem Eingangsportal scheint er nicht gesehen zu haben.

Es scheint ihm auch entgangen zu sein, daß es auf ausdrückliche Forderung der »Eberswalder Montagsdemo« eine Einwohnerfragestunde gab, die erst nicht vorgesehen war. Kein Wort über die acht Einwohnerfragen (wann gab es zuletzt so viele Einwohnerfragen) und die darauf gegebenen Antworten. Der Autor bemerkte offenbar auch nicht, wie die zahl-

reich anwesenden Betroffenen immer wieder lebhaften Beifall spendeten, wenn die Ausführungen ihrer Interessenlage entsprachen, und wie der Vorsitzende des Kreistages wiederholt vergeblich versuchte, den zivilen Ungehorsam des unzulässigen Applaudierens zu unterbinden. Dem Artikel war nicht einmal zu entnehmen, warum dieser Kreistag ein Sonderkreistag war.

So entsteht bei den Lesern des Artikels der Eindruck, als wäre es ein ganz normaler Kreistag gewesen, der die Bildung eines Beirates bei der Arge zum Ziel hatte. Etwas mehr Informationen über das tatsächliche Geschehen, die Hintergründe und Zusammenhänge haben die Leser wohl doch verdient.

UTE FREY

Der Druck der Straße im Kreistag

Eberswalde (at/bbp). Die vorletzte Januarwoche bildete einen Höhepunkt der Aktivitäten der »Eberswalder Montagsdemo« im neuen Jahr. Einen Tag nach der 22. Montagsdemo am 17. Januar fuhren dreizehn Freunde der »Eberswalder Montagsdemo« nach Prenzlau, um an der RBB-Sendung »Klipp und Klar« teilzunehmen. Thema war: »Arbeitslos – Wohnung los?« Wer Gelegenheit hatte, diese Sendung zu sehen, konnte die Eberswalder nicht übersehen. Am Mittwoch, den 19. Januar kamen dann mehr als 40 Montagsdemonstranten zur Sondersitzung des Barnimer Kreistages über das Thema Hartz IV. Auch zur Sitzung der Eberswalder StVV am 20. Januar waren die Montagsdemonstranten präsent. Frank Töpfer stellte eine Einwohnerfrage zur geplanten Gebührenerhöhung für den Tierpark. Die nachhaltigste Aktion war zweifellos die Teilnahme am Sonderkreistag. Dazu sagt Albrecht Triller von der »Eberswalder Montagsdemo«:

Ich denke, wir haben beim Kreistag Wirkung hinterlassen. Eine halbe Stunde vor Beginn formierten sich rund 40 Demonstranten vor dem Kreishaus zu einer Art Spalier und »empfangen« die Kreistagsabgeordneten mit Transparenten, Spruchtafeln und vor allem mit gelben Karten. Mit den »gelben Karten« mahnten wir die Kreistagsabgeordneten wegen ihrer Ignoranz gegenüber der Montagsdemo und wegen Untätigkeit in Sachen Hartz IV im Sinne der Betroffenen.

Im Vorfeld hatten wir gefordert, eine Einwohnerfragestunde zu ermöglichen. Ausgerechnet zu einem Thema mit solch öffentlichem Interesse wie Hartz IV war keine Einwohnerfragestunde vorgesehen. Erst eine Viertelstunde vor Sitzungsbeginn gab es eine Reaktion, vielleicht wegen der Anwesenheit der zahlreichen Demonstranten. Von der Einwohnerfragestunde machten diese dann auch reichlich Gebrauch. Acht Leute traten ans Mikrofon. Die Antworten waren dann erwartungsgemäß sehr durchwachsen (Seite 8). Über die Einwohnerfragen und die Antworten darauf, war bisher in der Presse nichts zu lesen, was beweist, daß es keine ausgewogene Berichterstattung gibt.

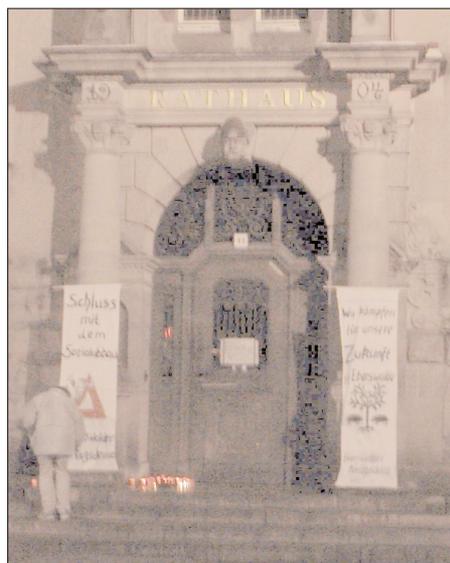
Nach der Einwohnerfragestunde folgte ein Bericht zur Einführung von Hartz IV, zu dem es kaum Diskussion gab. Spannend wurde es erst wieder bei der Debatte um die beiden Vorlagen zur Einrichtung eines Beirates.

Mit Mehrheit wurde beschlossen, daß sich der Landrat um die Einrichtung eines Beirates

zur optimalen Umsetzung von Hartz IV kümmern solle. Das ist das Ergebnis der in der Sitzungspause geführten Konsensgespräche über den PDS-Antrag. Dieser Beirat soll bei der Arge – der Arbeitsgemeinschaft von Arbeitsagentur und Landkreis – gebildet werden. Hier sollen auch zwei Betroffenenvertreter aufgenommen werden. Im Beirat wird es um die reine fachlich-sachliche Umsetzung von Hartz IV gehen. Eine Interessenvertretung von Betroffenen hat hier keinen Platz.

Diesem Ziel, nämlich eine Interessenvertretung für Hartz IV-Betroffene zu schaffen, diene die Vorlage des Grünen/Freie Wähler. Nach dem Vorbild des Ausländerbeirates und des Seniorenbeirates sollte ein Gremium beim Landkreis geschaffen werden, in dem allein Betroffene vertreten sind, ihre Lage unter den Bedingungen unter Hartz IV analysieren, ihre Interessen artikulieren und Vorschläge für den Landkreis im Interesse der Betroffenen machen können. Diese Vorlage fand keine Zustimmung. Der Landrat faselte sogar etwas von Grundgesetzwidrigkeit, die ihn zwingen würde, einen eventuell gefaßten Beschluß aufzuheben. Nur fünf Abgeordnete stimmten für diese Vorlage, nämlich die Einreicher. Völlig unverständlich war, daß sogar die PDS-Fraktion dieser Vorlage keine Zustimmung gab, sondern sich komplett der Stimme enthielt. Da kommen sicher nicht nur bei mir Fragen auf (vgl. S. 13).

In einem Punkt entsprach der Sonderkreistag dann doch noch unseren Erwartungen, indem er einen Appell noch oben richtete, die Grundsicherung Ost und West in gleicher Höhe zu gewähren.



»Der Stadtverwaltung solle ein Licht aufgehen«, interpretierte Manuela Richter die zur 23. Montagsdemo am 24. Januar auf der Treppe des Eberswalder Rathauses aufgestellten Kerzen. An den beiden Säulen am Haupteingang wurden Transparente angebracht: »Schluß mit dem Sozialabbau« und »Wir kämpfen für unsere Zukunft in Eberswalde«.

20. Montagsdemo am 3.1.

Über den »Neujahrsempfang der Arbeitslosen« am ersten Montag im neuen Jahr berichtete die Januarausgabe der »Barnimer Bürgerpost« ausführlich. Auch die regionale Tagespresse berichtete, sogar mit Foto. Die Presseerklärung der »Eberswalder Montagsdemo« zum Neujahrsempfanges indes fand sich weder dort noch in den Anzeigenblättern. Darauf wiesen die Montagsdemonstranten am 10. Januar hin.

21. Montagsdemo am 10.1.

Ziel des Demonstrationszuges war diesmal die Filiale der Agentur für Arbeit in der Schicklerstraße. Fünf Fragen hatte die Vorbereitungsgruppe dem Agenturleiter im Vorfeld zugesandt. Etwa 145 Demonstranten hatten sich auf dem Marktplatz versammelt, rund 100 zogen mit zur Schicklerstraße. Dort wartete bereits der Leiter der Agentur Heinz-Wilhelm Müller mit seinen Mitarbeitern. Aus den geplanten zwanzig Minuten vor der Agentur wurde eine Stunde. Nach Müllers Antworten auf die Fragen der Vorbereitungsgruppe traten viele Betroffene ans Mikrofon. Sie stellten teils betroffenenpezifische teils grundsätzliche Fragen. Und sie äußerten ihren Unwillen, ihre Wut und Enttäuschung.

Die Bereitschaft von Agenturchef Müller, vor den Demonstranten weit über die ursprüngliche Planung hinaus Fragen zu beantworten, fand seitens der Demonstranten Anerkennung. Er sei kein Fan von Hartz IV, sondern ein Fan von Vollbeschäftigung, sagte Müller. Zumindest im Osten sieht er keine Chance, daß durch Hartz IV Arbeitsplätze entstehen. Rechtfertigungsversuche für Hartz IV hörte man nicht, bestenfalls Feststellungen und Erläuterungen der gesetzlichen Vorgaben, an die sich die Agentur, »ob sie will oder nicht«, halten müsse. Heinz-Wilhelm Müller erklärte seine Bereitschaft, jederzeit mit Vertretern der »Eberswalder Montagsdemo« zu reden und im Rahmen seiner Möglichkeiten Abhilfe zu schaffen. 300 Anträge seien noch nicht entschieden, aber die Behörde arbeite mit Nachdruck daran. Auf ihre nichtbearbeiteten Anträge verwiesen auch eine Reihe Demonstranten. Die Agenturmitarbeiter versprochen schnelle Bearbeitung.

Wo bleiben die Arbeitsplätze für die Jugendlichen? Wie soll sich ein Verdiener in der Bedarfsgemeinschaft eine private Zusatzrente erarbeiten? Wie sollen Betroffene mit dem Geld zurechtkommen? Wie viele 1-Euro-Jobs gibt es? Wie werden Rehabilitanten berücksichtigt? Wird die Rente von Schwerbehinderten als Einkommen angerechnet? Was bleibt von bisherigen Nebenjobs bei Hartz IV noch übrig? Zuverdientengrenzen sind ein

Fortsetzung auf Seite 8

Berichtigung

Irrtümlicherweise nannten wir in dem Artikel »Neujahrsempfang der Arbeitslosen« (BBP 1/2005, Seite 7) Ute Frey als Autorin. Richtig ist, daß die in dem Beitrag wiedergegebenen Worte auf der 20. Montagsdemo am 3. Januar von FRANK TÖPFER vorgetragen wurden. Der BBP-Redakteur stülpt den Aschekübel über den Kopf und bittet um Entschuldigung. G.M.

Hohn – Spitzenpolitiker »verdienen« unbegrenzt dazu. Die Stadt hat Grünanlagen bisher durch Fremdfirmen ausführen lassen, jetzt setzt sie 1 Euro-Jobber ein. Festangestellte an der Kasse des Familiengartens wurden durch 1 Euro-Jobber ersetzt. Gibt es jetzt in Eberswalde zwei Klassen von Arbeitsämtern (Schicklerstraße ALG II – Bergerstraße Arbeitslosengeld)? Gibt es nur drei Wochen Urlaub? Warum nur zwei oder drei Monate Laufzeit der Bescheide? Trägt das Arbeitsamt die Kosten für Eigenheime? Herr Müller, können Sie als gutverdienender Westimport mit dieser Aufgabe noch ruhig schlafen? Ein Demonstrant schlug dem Chef der Arbeitsagentur vor, er solle durch seine Mitarbeiter Analysen erarbeiten lassen und über seine Vorgesetzten noch oben geben, damit die wissen, wie's unten aussieht.

Die Antworten beschränkten sich meist auf die Erklärung der gesetzlichen Regelungen. Unmutsäußerungen unterbrachen öfters die Antworten. Die Demonstranten skandierten »Hartz IV muß weg«. Doch wollen die Montagsdemonstranten im Gespräch bleiben.

22. Montagsdemo am 17.1.

Rund 135 Demonstranten versammelten sich am 17. Januar auf dem Marktplatz. Frank Töpfer zählte am Mahnfeuer die sozialen Grausamkeiten auf, deren gesetzliche Grundlagen symbolisch in die Flammen geworfen wurden. Albrecht Triller trug ein »Argument der Woche« vor. Er beschäftigte sich mit der Rolle des Ombudrates »Grundsicherung für Arbeitssuchende« (Seite 10). Ute Frey informierte über die Hartz IV-Kreistagsondersitzung am 19. Januar. Damit reagiere der Kreistag auf eine der Forderungen der »Eberswalder Montagsdemo«. Eine einstündige Demonstration führte über die Eisenbahnstraße an der Agentur für Arbeit vorbei ins Leibnizviertel. Wie immer gewaltfrei, aber lautstark mit Musik und Protestrufen.

23. Montagsdemo am 24.01.

Manuela Richter begrüßte etwa 90 Demonstranten, die trotz Kälte und Schnee zur 23. Montagsdemo kamen und sich um das Holzfeuer gruppierten. Ralf Jahnke sang das Einheitsfrontlied von Ernst Busch. Ein-Euro-Jobs sollen freiwillig sein, wiederholte Rolf Richter seine Forderung der Einwohnerfragestunde des Sonderkreistages. Die Stadt versuche, kritisierte Frank Töpfer, mit Gebührenerhöhungen ihren Haushalt zu Lasten der Bürger zu sanieren. Die geplante Anhebung der Tierpark Eintrittspreise sei der neueste Versuch. Albrecht Triller ging auf den Verlauf und die Ergebnisse des Sonderkreistages zu Hartz IV ein. Bevor Ralf Jahnke am Feuer weitere Lieder zur Gitarre vortrug, gingen die Demonstranten über die Straße und stellten Kerzen auf die Rathaustreppe. Die Kerzen sollten den Zusammenhang zu den Montagsdemos 1989 herstellen.

Einwohnerfragen zum Sonderkreistag

Eberswalde (at/bbp). Scheinbar überzeugte erst die Präsenz der vierzig »Montagsdemonstranten« vor dem Kreistag die Verantwortlichen von der Notwendigkeit, auch den Sonderkreistag mit einer Einwohnerfragestunde zu beginnen. Diese machten dann auch reichlich Gebrauch von dem Angebot.

In der Uckermark seien Empfänger von ALG II bereits aufgefordert worden, sich billigeren Wohnraum zu suchen, stellte Manuela Richter fest. Ministerpräsident Platzeck lehnte generelle Regelungen, wie viele Quadratmeter Wohnraum einem Bezieher von ALG II zuzustünden, ab. »Was betrachtet der Landkreis Barnim als angemessenen Wohnraum?«, fragte sie. »Werden ebenfalls ALG II-Bezieher zur Suche nach billigerem Wohnraum aufgefordert? Entstehen im Barnim zukünftig Armenviertel?« Landrat Bodo Ihrke antwortete, daß es ein Vorgehen, wie in der Uckermark nicht geben werde. Es müsse jeder Einzelfall individuell geprüft werden.

Schon auf der ersten Eberswalder Montagsdemo am 23. August 2004, erinnerte Ute Frey den Kreistag, wurde die Bildung von Betroffenenbeiräten von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern im Kreis, in den Städten und Gemeinden gefordert. Fast ein halbes Jahr dauerte es, bis diese Forderung in den Kreistag gelangte. Dabei hatte Sozialminister Baaske in der MOZ bereits am 20. September die Idee begrüßt, in Eberswalde einen Arbeitslosenbeirat an der Umsetzung von Hartz IV zu beteiligen. »Aber das war vor der Wahl«, so Ute Frey. Sie fragte: »Warum hat sich bisher kein Kreistagspolitiker mit den Organisatoren der Eberswalder Montagsdemo in Verbindung gesetzt, um Standpunkte und Probleme kennen zu lernen? Ist die Meinung der Bürger für die Politiker nur am Wahltag von Interesse?« Ihrke erklärte, er kenne die Positionen und Forderungen der Eberswalder Montagsdemo. Wenn es Erwartungen an ihn gebe, so sollten Fragen gesammelt und ein Termin mit ihm gemacht werden, dann werde er sich damit befassen.

Albrecht Triller fragte, wieso der Landrat, der Kreistagsvorsitzende und die Vorsitzenden der Fraktionen bis auf Margitta Mächtig (PDS) die Einladung zum Neujahrsempfang der »Eberswalder Montagsdemo« ignoriert hatten und weder Vertreter noch eine Absage geschickt hatten. Triller zitierte aus der Presseerklärung: Die »Eberswalder Montagsdemo« bewertet »dies als Ausdruck fehlender Bereitschaft, sich für die Interessen der großen Gruppe von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger einzusetzen.« Bodo Ihrke sagte, an diesem Termin sei er verhindert gewesen. Aber selbst wenn er Zeit gehabt hätte, wäre er nicht zum Neujahrsempfang erschienen, weil er dort Redeverbot gehabt hätte. Gefragt, ob er reden darf, hat er aber auch nicht.

»Wir hören immer wieder«, so Bernd Pomraenke zur Einwohnerfragestunde, »unsere

Proteste richteten sich an die falsche Stelle. Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete hätten keine Kompetenz in Sachen Hartz IV. Das sei Sache des Bundes. In der DDR war zum Schluß auch nur noch das Politbüro schuld. Alle anderen waren nur Erfüllungsgehilfen. Mit der Aussage, der Bund wäre für Hartz IV zuständig, machen Sie sich ebenfalls zu Erfüllungsgehilfen - und zwar zu Erfüllungsgehilfen einer falschen Politik.« Die Abgeordneten könnten ihre und die Meinung der Bürger des Landkreises zum Ausdruck bringen und von ihren Parteioberen eine andere Politik fordern. So wie Ministerpräsident Platzeck, der gleiche Grundsicherung in Ost und West fordert und für angemessenen Wohnraum eintritt. »Positionieren Sie sich ebenfalls im Sinne Ihrer Wähler und fordern Sie eine Korrektur, besser noch eine Rücknahme von Hartz IV. Hartz IV bringt keine Arbeitsplätze, löst kein Problem, sondern stürzt Millionen unumkehrbar in Armut und macht sie zu Menschen dritter Klasse. Machen Sie sich dabei nicht zu Erfüllungsgehilfen.« Der Vorsitzende des Kreistages Wilfried Bender (CDU) meinte, er könne keine Frage in den Ausführungen erkennen. »Dies war ein Appell«, erklärte Bernd Pomraenke. »Die Einwohnerfragestunde«, so Bender darauf, »ist dazu da Fragen zu stellen«. Womit der Vorsitzende mangelnde Kenntnis der Landkreisordnung erkennen ließ. Peinlich! Erst Zwischenrufe aus dem Publikum mußten ihn belehren: »Falsch! Siehe Gemeindeordnung und Landkreisordnung. Dort steht: Es können Fragen gestellt, Meinungen geäußert und Vorschläge gemacht werden.« Im Verlauf der Sitzung faßten die Abgeordneten dann doch noch den Beschluß, auf eine Angleichung der Grundsicherung Ost und West hinzuwirken.

Erika Klätte fragte den Landrat, ob das im Jahre 1998 eingerichtete Sozialticket für Arbeitslose nach der Einführung des ALG II weiter gewährt wird und regte an, Arbeitslosen nicht nur die Monatskarte sondern auch Einzelfahrten zum halben Preis anzubieten. Diese Frage wolle er mitnehmen und mit den entsprechenden Stellen beraten, erklärte Landrat Ihrke.

Rolf Richter fragte, ob die Kreisverwaltung bei 1-Euro-Jobs im eigenen Bereich, nur Freiwillige akzeptieren wolle. Zwangsarbeit sei in Deutschland mit der Einführung des BGB im Jahr 1900 abgeschafft worden. Desweiteren fragte er, ob die Personalvertretung auch die Interessen solcher ALG-II-Empfänger vertreten würde. Der Landrat machte dazu allgemeine Bemerkungen, ohne jedoch auf die Fragen einzugehen. Selbst auf die nochmalige Wortmeldung Rolf Richters: »Ich habe zwei klare Fragen gestellt und möchte zwei klare Antworten haben«, beließ es der Landrat bei allgemeinen Floskeln. Er sprach von der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben aber nicht zu den gestellten Fragen...

Betroffene nicht an den Katzentisch

Wir begrüßen die Initiative der PDS-Fraktion, daß dieser Sonderkreistag zustande kam. Auch unsere Fraktion hält das heutige Thema »Beirat« im Zusammenhang mit der Hartz-IV-Problematik für außerordentlich wichtig. Wir wollen uns aber nicht mit zwei Betroffenen im Beirat begnügen. Zu den Ausführungen von Herrn Tonndorf (SPD) ist zu bemerken: Wir widersprechen Ihren Ansichten von einem Betroffenenkreis, der nicht den gleichen gesellschaftlichen Rang wie die bereits bestehenden Beiräte erhält. Die Betroffenen gehören nicht an den Katzentisch, sondern sollen in Augenhöhe mit dem Kreis agieren. Es geht um die Würde der Betroffenen.

Bei unserem Beschlußantrag zur Bildung eines Beirates für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger handelt es sich um einen gänzlich anderen Beschlußantrag als um den der PDS-Fraktion. Der Unterschied ergibt sich aus so sehr verschiedenen Grundverständnissen. Er ergibt sich aus den divergierenden Ansichten zur Zielstellung und zur Zusammensetzung des Beirates. Dieser Unterschied ist aus unserer Sicht so erheblich, daß noch nicht einmal von alternativen Beschlußvorlagen gesprochen werden kann. Unsere Vorlage steht also für sich. Sie ist durch den besonderen Blick auf den gesellschaftlichen Rang des Beirates, auf die zu beachtende Würde der Hartz-IV-Betroffenen und auf die Wahrnehmung der Betroffenen durch die Nichtbetroffenen gekennzeichnet. Sie berücksichtigt vor allem auch die einseitige Belastung der Betroffenen durch ein den Grundzügen mißbratenes Reformprojekt.

In einem Beirat nach unserer Vorstellung müssen die Betroffenen zumindest dominieren. Denn verständlicherweise werden die entscheidenden Hinweise auf die veränderten Lebensbedingungen unter der Hartz-IV-Gesetzgebung für die Betroffenen, einschließlich ihrer Angehörigen, Lebenspartner und Kinder von den Betroffenen selber ausgehen. Dabei darf auch nicht die kulturelle Betroffenheit, ich nehme nur einmal das Stichwort Sozialpaß, außer Acht gelassen werden. Aus einem solchen Betroffenenbeirat gehen dann auch Anregungen zur Korrektur der Reform aus, und zwar von denen, die das größte Interesse an einer Reformkorrektur haben.

Es muß ein Beirat sein, in dem nicht über die Betroffenen, sondern mit den Betroffenen gesprochen werden kann. Ein Beirat, in dem die Betroffenen nicht nur Sitz, sondern auch beschließende Stimme haben. Und es muß ein

Beirat sein von gleichem gesellschaftlichen Rang, wie ihn auch die anderen bereits bestehenden Beiräte besitzen. Was einem Seniorenbeirat oder einem Ausländerbeirat zugestanden wird, auf gleicher Augenhöhe mit dem Kreis zu sprechen, muß auch einem Beirat von Hartz-IV-Betroffenen zugestanden werden. Hier sollten keine Unterschiede gemacht werden. Hier geht es um die Würde der Betroffenen. In Vorgesprächen zu diesem Sonderkreistag wurde mir entgegen gehalten: Ja, wieviele Beiräte sollen wir denn noch gründen? Wir haben ja schon so viele. Diese formale Frage wird aber dem Ernst der Situation nicht gerecht. Es geht nicht darum, ob wir ein, zwei drei oder noch mehr Beiräte haben.

Es geht um die Lebenssituation von weit über 10.000 Arbeitssuchenden zuzüglich der nicht arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger im

Kenntnisse befinden, sicherlich auch einer gefunden hätte, der diese Stelle auch ausgefüllt hätte. Da verlangt ein Generalsekretär Laurenz Maier im Fernsehen, das alle den Gürtel enger schnallen müssen, er selbst aber ist infolge Nebenverdienst nicht mit dabei. Auch das schafft Ärger. Da erhalten bei wirksam werdender Absenkung des Spitzensteuersatzes die gut Verdienenden ein Steuergeschenk, worauf gestern in der Sendung »Klipp und Klar« die Bundestagsabgeordnete Petra Pau vom Bundestag selbst hinwies. Da verschweigen Abgeordnete ihre ohne Arbeitsleistung erhaltenen Nebenverdienste, dürfen diese einbehalten und gelten offenbar nicht als Schwarzarbeiter.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß es mit der angeblichen Zielstellung von Hartz IV um das Aufspüren von ungerechtfertigtem Leistungsempfang und von allgemeiner Einschränkung so weit nicht her ist. Hier wird die Schiefelage des Gesetzes deutlich. Nur eine ausgewählte Gruppe der Bevölkerung soll die Lasten einer Reform tragen. Eine Korrektur von Hartz IV zu bewirken, hierzu werden die Betroffenen vor allem das größte Interesse haben. Das Erfordernis einer Korrektur sollten wir alle erkennen. Geben wir mit einem Beirat der Betroffenen für die Betroffenen hierfür eine organisatorische Voraussetzung in Würde.

Daß aus diesem Beirat von Betroffenen kein Jubel über die Hartz-IV-Gesetzgebung erschallen kann, liegt auf der Hand. Es kann sich nur um kritische Hinweise von helfender Qualität handeln. Eines aber können wir dabei von den Betroffenen nicht verlangen, daß sie ein ausnahmslos gegen sie gerichtetes Gesetzeswerk widerspruchslos und demutsvoll hinnehmen und ohne Hinterfragen auch noch umsetzen: Denn nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber. Aber auch andere Ziele von Hartz IV erweisen sich als unrealistisch. Daß Hartz IV keine Arbeitsplätze schaffen kann, das hat man nun endlich eingestanden. Daß aber so viele Ein-Euro-Jobs, wie benötigt und von Betroffenen gewünscht, gar nicht vorhanden sind, das einzusehen, scheint noch manche Schwierigkeit zu bereiten. Auch die zeitliche Rangfolge, welcher Hartz-IV-Betroffene einen Ein-Euro-Job erhalten kann, scheint unklar. Im Augenblick sind wohl die Unter-25-Jährigen dran, Behinderte aber müssen noch warten.

Wenn ich einige Mängelpunkte hier nenne, so nur deshalb, um die Einrichtung eines Beirates für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in dem Sinne, wie wir es meinen, als notwendig zu begründen. Die Diskussion über die Schiefelage von Hartz IV folgt erst später. Wir wollen heute, daß ein solcher Beirat der Betroffenen, gleichgestellt mit den anderen Beiräten, gegründet wird.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,
 Kreistagsfraktion Grüne/Freie Wähler



Am 18. Januar nahmen dreizehn Freunde von der »Eberswalder Montagsdemo« in Prenzlau an der Sendung »Klipp und Klar« des RBB teil. Thema war: »Arbeitslos: Wohnung los? Jetzt wird Hartz umgesetzt.« Eine Woche später, am 25. Januar, saß Ute Frey von der »Eberswalder Montagsdemo« sogar mit im Podium der Sendung »Klipp und Klar«. Thema der Sendung: »Gläserne Arbeitslose, gierige Abgeordnete – Nebeneinkünfte von Politikern verbieten?« Ute Freys Aussage: »...ich muß jeden Cent offenbaren.«

Kreisgebiet, die sich gegen ein Regelwerk anstemmen müssen, das ihnen gewaltig zusetzt. Und zwar ihnen als einzige Bevölkerungsgruppe, während andere gesellschaftliche Gruppen sich entspannt zurücklehnen können, weil ihnen keine Einkommensbeschnedigungen zugemutet werden, ja in vielen Fällen sich ihre Lebenslage sogar noch verbessert. Wer die betroffenen in ihrer bedrängten Situation wahrnimmt, wer ihnen die Würde und die Gleichstellung im Zusammenhang mit anderen Beiräten nicht nehmen will, der wird die Frage nach der Anzahl von Beiräten nicht stellen. Im Übrigen wurde diese Frage bei der Bildung der anderen Beiräte offensichtlich auch nicht gestellt.

Um es noch einmal deutlich zu formulieren: Fast täglich wird den Betroffenen unter die Nase gerieben, daß sie sich einschränken sollen, andere aber nicht. Da gibt es Westimporte mit Buschzulage, die dann den Betroffenen erklären, daß sie nun den Gürtel enger schnallen sollen, während sie selbst infolge Buschzulage den Leibriemen weiter machen konnten. Das schafft Ärger. Abgesehen davon, daß unter unseren Arbeitslosen vor Ort, unter denen sich so viele Qualifikationen, Berufe, Fähigkeiten und

Aktuelles Argument:

Der Ombudsrat

Am 11. Januar traf sich der Ombudsrat »Grundsicherung für Arbeitsuchende«: 4000 Menschen riefen beim Ombudsrat an, 1000 baten schriftlich um Hilfe. Dies wären weit weniger als erwartet, meldeten die Medien.

Was ist dieser Ombudsrat? Es soll ein Gremium sein, das Ungerechtigkeiten bei der Einführung von Hartz IV verhindern helfen soll. Die Idee wurde auf dem Höhepunkt der Protestbewegung gegen Hartz IV geboren. Es soll den Anschein erwecken, als könnten so Ungerechtigkeiten vermieden werden. Aber ist nicht das ganze Hartz IV-Gesetz eine schreiende Ungerechtigkeit? Daran ändert auch der Ombudsrat nichts. Er spielt nur eine Alibirolle.

Der Begriff Ombuds kommt aus dem Schwedischen. Ombudsleute sind Vertrauensleute. Wessen Vertrauen genießen sie? Wer hat sie eingesetzt? Sie genießen das Vertrauen derer, die das Gesetz gemacht haben. Sie wurden eingesetzt vom Superminister Clemens. Alles was die »Vertrauensleute« dürfen ist, Herrn Clemens Vorschläge zu machen. Man kann Ombuds aus dem Schwedischen im konkreten Fall am besten so übersetzen: »Ohnmächtige Behörde Unseres Durchtriebenen Superministers«. Und wer sitzt im Ombudsrat? »Drei Wächter für Hartz IV« titelte die Süddeutsche Zeitung. Exfamilienministerin Christine Bergmann, Ex-Gewerkschaftsboß Hermann Rappe und »Ex-König von Sachsen« Kurt Biedenkopf. Dazu ein Foto mit lächelnden Gesichtern. Die haben alle gut lachen. Überversorgte Ex-Politiker, die wohl kaum etwas davon wissen, wie man mit 331 Euro Grundversorgung auskommen kann. Man darf sicher sein, daß diese drei Herrschaften ihren Zusatz-Job nicht für 1 Euro die Stunde erledigen. Dieser Ombudsrat ist mindestens auf einem Auge blind – und Blinde bestellt man nicht zu Wächtern.

5000 Eingaben sind weit weniger als erwartet? Das heißt doch: Man weiß, daß das Gesetz unsozial ist und Widerspruch hervorrufen muß. Trotzdem hat man es gemacht und mit dem Ombudsrat ein Ventil für den Frust der Leute geschaffen. Aber so blöd sind die Menschen nun doch nicht. Nicht Eingaben beim Ombudsrat helfen, sondern nur die Widersprüche bei der Arbeitsagentur haben rechtliche Bedeutung – und da sind es allein im Barnim 1.300 Widersprüche (bei 10.500 Betroffenen). Neben den individuellen sind es auch die verfassungsrechtlichen Gründe, die es notwendig machen, **in jedem Falle Widerspruch** Noch wichtiger ist es aber, wir bleiben auf der Straße. Schon allein, daß wir immer noch auf der Straße sind, wenn auch nur mit wenigen Leuten, tut den Regierenden jeden Tag mehr weh. Wir sollten Ombuds für uns am besten so übersetzen: »Ohne Montagsdemonstrationen Bleibt Uns Diese Scheiße«.

ALBRECHT TRILLER

Sie tun nur ihre Arbeit

Brief an den Eberswalder Agenturleiter für Arbeit

Sehr geehrter Herr Müller, als Teilnehmer und Hörer der Eberswalder Montagsdemo vom 10. Januar möchte ich Ihnen im Nachklang folgenden Gedanken zukommen lassen:

Während der politischen Wende 1989 in der DDR bin ich insbesondere auch auf die Straße gegangen, weil es für mich als DDR-Bürger und Christ unerträglich war, daß so viele Kader des Staates (wie wir sie nannten) sich immer darauf berufen hatten, nur die Gesetze der DDR umzusetzen oder auszufüllen. Wir haben damals gespürt, daß Funktionäre und Staatsbeamte das eigene Denken aufgeben hatten. Ich könnte Ihnen darüber lustige und traurige Geschichten erzählen.

Eine kleine Begebenheit möchte ich Ihnen erzählen: Ich verweigerte als Schüler der 9. Klasse das Schießen im Wehrkundeunterricht. Mein Lehrer teilte mich darum dazu ein, die Schießscheiben einzusammeln. Auf dem Weg zu den Scheiben und unter vier Augen sagte



Agenturleiter Heinz-Wilhelm Müller spricht am 10.1. mit den Montagsdemonstranten.

mir der Lehrer: Weißt du Hartwin, ich bin auch gegen das Schießen, aber ich muß ja hier mitmachen...

Es waren gerade diese Begebenheiten der (Lebens-)Lügen, die ein Ende haben mußten.

Am Beginn des Jahres 2005 höre ich in der Schicklerstraße von Ihnen nun folgende Gedankengänge: Sie seien ja auch nicht mit allem einverstanden, was da zu Hartz IV erlassen wurde, aber es müsse durch Sie eben umgesetzt werden.

Wofür, Herr Müller, bin ich eigentlich 1989 auf die Straße gegangen? Wofür hat man mich im Juni 1989 eigentlich verhaftet? Dafür, daß nun wieder Staatsbeamte **nur ihre Arbeit** tun? Sie haben die entscheidende Frage am Montag so beantwortet, wie sie auch jeder DDR-Funktionär beantwortet hätte: Auf die Frage, daß die Arbeitsämter geschlossen Widerstand leisten könnten, haben sie mit ihrer Loyalität gegenüber dem Gesetzgeber geantwortet. Darum habe ich beschlossen, weiterhin an den Montagsdemos teilzunehmen und einzuklagen, daß nie wieder Menschen zu Erfüllungsgehilfen werden.

Ich wünsche Ihnen Mut und Rückgrat, demokratisches Verständnis in diesem Land, und wenn Sie es ernst meinen, die Zeit für eine konstante Teilnahme an den Montagsdemos.

HARTWIN SCHULZ

Wenn dein Gehirn eine Weide wär...

...dann würden die Schafe verhungern. Das würde ich dem Menschen entgegenen, der in der Sonderkreistagssitzung am 19. Januar versuchte, die Fragen der von Hartz IV Betroffenen zu beantworten. Dieser Mensch nannte sich Herr Ihrke und soll Landrat sein.

Mir ist diese Person, die absolut farblos, unscheinbar und völlig unbeleckt ist von jeglicher Erkenntnis aber auch von jeglicher Fähigkeit, neue Erkenntnisse aufzunehmen, völlig unbekannt und im Grunde auch völlig egal – wenn nicht hinter seiner Funktion im Kreis Barnim solche Machtbefugnis stehen würde.

Ich schreibe diese Zeilen, nachdem ich von der Kreistagssitzung zurückgekehrt bin, der ich auf Empfehlung der Montagsdemonstranten gegen Hartz IV beiwohnte.

Als gelernter DDR-Bürger, und bis kurz vor der Wende auch »Regimetreuer«, habe ich ja viel mitbekommen, wie man Stimmen und Meinungen bekommt. Aber was dieser kurze Teil der Sitzung, an dem ich es aushielt teilzunehmen, an Unterwürfigkeit und Regimetreue gegenüber »Deutschland« bei den Abgeordneten gezeigt hat, sucht auch in DDR-Zeiten an Beispielen.

Der Versammlungsleiter verwies immer wieder darauf, daß jegliche Beifallskundgebung und Unmutsbekundungen, die übrigens nur aus der Reihen der Gäste kam, nicht in der

Tagesordnung beschlossen sei und deshalb im Sinne der Demokratie zu unterbleiben habe. Versuchte er sich damit aus seiner Verantwortung zu stehlen?

Die Antworten der Herren Politiker aus dem Präsidium lauteten im wesentlichen so: »Die Rolle der Bedeutung im Lichte der Erscheinung bei voller Beleuchtung im Dunkel der Nacht« – also echt sozialdemokratisch mit vollster und tiefster Überzeugung streben wir zu einem »VIELLEICHT«. Alle Antworten, die vom Präsidium kamen sagten aus – ich übersetze es so, wie ich es verstanden habe: *Ihr Bürger, Wählertrötel, ihr seid doof.*

Deshalb mein Versprechen an Landrat Ihrke, Bürgermeister Schulz und wie Ihr alle heißt: Von mir bekommt Ihr nichts freiwillig, bevor ihr nicht mindestens 12 Monate vom ALG II, also von 331,00 Euro (in Worten: Dreihundert-einundreißig) gelebt habt, ohne auch nur einen Pfennig oder, wie es heute heißt, Cent mehr zu bekommen.

Eine einzige Ausnahme gab es auf dieser Kreistagssitzung: Die Fraktionsvorsitzende der PDS Margitta Mächtig. Sie war die einzige Abgeordnete, die sich bereit erklärte mit Vertretern der Betroffenen persönlich zu reden, weil ja die Probleme zu vielschichtig sind. Dafür Danke.

UDO MARKMANN

Besser als Rumsitzen

von Claudia von Zglinicki

Seit Januar müssen alle, die Arbeitslosengeld II bekommen, jede »Arbeitsgelegenheit« annehmen. Aber schon Ende 2004 arbeiteten die Ersten für nur einen Euro pro Stunde – freiwillig, ohne Arbeitsvertrag. Im brandenburgischen Eberswalde zum Beispiel.

Mit den Löwen durfte Oliver Wiegleb nicht fotografiert werden, damit niemand auf die Idee kommt, er arbeite mit Tieren. Er war zwar im Zoo beschäftigt, aber es war ein Ein-Euro-Job (in Eberswalde 1,10 Euro), der zusätzlich sein muß. Die Arbeit eines Tierpflegers durfte Oliver also nicht machen. Dabei würde er am liebsten genau das tun. Tierpfleger werden – keine Chance für ihn. Bisher hat er auch keine auf einen anderen Ausbildungsplatz.

Gearbeitet hat der 24-jährige nach der Schule immer mal wieder, kurzzeitig. Und nun drei Monate im Zoo. »Der größte Witz«, sagte er und meinte die Dauer, von Oktober bis Silvester und exakt 3,25 Stunden am Tag. Aber: »Es ist wunderbar hier und die Leute sind alle gut drauf.« Niemand von den 17 Frauen und Männern widersprach. Als der Anruf von der Arbeitagentur gekommen war, hatten sie alle sofort zugestimmt. »Jederzeit wieder«, sagte die 36-jährige Elke Fiebig, die Maschinenfahrerin in einer Molkerei war, bis der Betrieb Anfang der 90er Jahre als Erster in Eberswalde geschlossen wurde.

Ein-Euro-Job oder Rumsitzen

Im Laufe der Jahre hatte die junge Frau mehrere ABM-Stellen. Zuletzt war sie lange arbeitslos. Sie arbeitet gern draußen, sitzt nicht gern zu Hause rum. Auch ihr Mann würde einen Ein-Euro-Job sofort nehmen. »Das würde jeder im Osten«, fügte der Fliesenleger Olaf Braun hinzu. Die Arbeitslosigkeit in Eberswalde lag Ende November 2004 bei 22,8 Prozent.

Elke rechnete vor, daß sie im Zoo rund 70 Euro pro Monat verdiente, zusätzlich zur Arbeitslosenhilfe von 390 Euro. ALG II hatte sie, wie ihre Kollegen, längst beantragt, aber noch keine Antwort bekommen. Im Zoo fühlte sie

sich wohl, nur: Hoffnung auf eine Verlängerung oder gar eine feste Stelle mit einem Lohn, von dem sie leben kann, hat sie nicht mehr.

»Deshalb akzeptiert sie diese Art von Ausbeutung«, knurrte Carsten Zinn, selbst erwerbslos und ehrenamtlich bei ver.di aktiv. Als er erfuhr, daß Uwe Schoknecht, Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide, als Erster in der Region um Eberswalde Ein-Euro-Jobs anbieten würde, redete Zinn in seiner Empörung sogar von Arbeitsdienst. Doch die Freiwilligen, die eine »Arbeitsgelegenheit« suchten, rannten dem Bürgermeister fast sein Büro ein. 16 Menschen bekamen 2004 in der großen, finanzschwachen Gemeinde Schorfheide Ein-Euro-Jobs – auf dem Schulhof, in der Kita und im Tourismusbüro, beim Heckenschneiden und Aufräumen. Man sieht es dem gepflegten Ort an. Die Forstwirtin Margit Tolle hat daran Anteil. Sie ist auf dem Bauhof eingesetzt, wo es seit Oktober sechs Ein-Euro-Jobs gibt. Von ihrem Arbeitsberater war sie vorher meist seufzend empfangen worden: »Sie schon wieder...«

Sechs Monate können Margit Tolle und ihre Kolleginnen auf dem Bauhof bleiben. Und dann? Kommen Andere. Der Bürgermeister befürchtet, daß Leute, die nur unter Druck Ein-Euro-Jobs übernehmen, nicht so gut sind wie die motivierten Freiwilligen. Aber Personalwechsel ist vorgeschrieben, ebenso wie Qualifizierung für die Beschäftigten. Die bietet jedoch weder der Eberswalder Zoo noch die Gemeinde Schorfheide.

Lohndumping

Ob eine Arbeit zusätzlich getan wird, ist oft schwer zu entscheiden. Unter denen, die schon Ende 2004 für 1,10 Euro im Eberswalder Zoo gearbeitet haben, waren zwei Maurer und ein Fliesenleger – »klar, dadurch nehme ich kleinen Unternehmen Arbeit weg«, räumte Zoodirektor Bernd Hensch ein. »Aber wir brauchen jede Hilfe und sind froh, daß die Mitarbeiter so zuverlässig sind. Natürlich haben sie Probleme mit dem Selbstvertrauen. Wer nicht arbeitet, ist nichts wert, so wird doch gedacht. Wir beziehen sie hier richtig ein. Es geht doch auch darum, daß sie ihrem Leben mehr Sinn geben. Aber eine Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt über Ein-Euro-Jobs – das wird nichts.«

So denkt auch die Erzieherin Adelheid Biering, eine Ehrenamtliche in der ver.di-Erwerbslosenarbeit. Sie weiß auch, »daß die Kollegen mich als Lohndrücker ansehen würden, wenn ich so einen Job hätte«. Trotzdem würde sie für einen Euro pro Stunde arbeiten, in ihrem Beruf, im Zoo, überall.

aus ver.di PUBLIC 2/2005, mit freundlicher Genehmigung.

Schnellschuß Bildungsgesetz

Eberswalde (bbp). Ende vorigen Jahres formulierte die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung einen Brief an den Minister für Bildung, Jugend und Sport und die bildungspolitischen Sprecher der drei Landtagsfraktionen SPD, CDU und PDS. Bis auf Uta Behr von der CDU unterzeichneten alle Fraktionsvorsitzenden der StVV den Brief.

»Der Weg, den Landesregierung und Landtag zur Gesetzesänderung gehen wollen«, heißt es in dem Brief, »muß überdacht werden. Die zur Zeit herrschende Misere ist doch nicht durch Zeitdruck und unüberlegtes Herangehen lösbar, der zukünftige Weg unseres Bildungswesens darf keine neuen Fehler gestatten. Ist dazu das angeschlagene Tempo geeignet?« Auf den Rat und die Mitwirkung der Betroffenen werde verzichtet. Die Lehrer hätten »zum Teil bis heute keine Kenntnis von Inhalt und Auswirkungen der Änderungen« erhalten. »Herrscht im Land über das Schulgesetz Schweigepflicht?« Die Stadtverordneten fordern ein Schulgesetz, welches »den Kindern Brandenburgs und ihrer Entwicklung mit gleichen Chancen für alle dient«, das Mitspracherecht der Betroffenen garantiert, Initiative und Wettbewerb zwischen den Schulen fördert, einen möglichst langen Unterricht im Klassenverband garantiert, für alle Schüler durchlässig bis zum Abitur bleibt, die freie Schulwahl ohne Einschränkung und finanzielle Auswirkung für die Familien gestattet und der Bildungsmisere ein Ende setzt, indem alle Schüler in jedem Bildungsgang Förderung erhalten. Geantwortet hat bisher die bildungspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion Gerrit Große:

Das Anliegen, das Sie in Ihrem Brief vorbringen, halten wir für überaus berechtigt und wir teilen Ihre Sorgen, Vorbehalte und Einwände voll und ganz. Ihrem Protest schließen wir uns an. Die PDS-Fraktion hat sich... intensiv für die Zusammenlegung von Gesamt- und Realschule zu einer integrativ geführten Schule, in der mindestens bis zur 8. Jahrgangsstufe alle Schüler gemeinsam lernen, eingesetzt. Uns ist es wichtig so viele Schulstandorte wie möglich zu erhalten, um die Wohnortnähe der Schulen für unsere Kinder zu sichern. Die soziale Herkunft darf nicht länger den Bildungsweg junger Menschen bestimmen. Wir halten es für dringend nötig, die Rahmenbedingungen für eine Erhöhung der Qualität des Unterrichts zu verbessern. Dazu haben wir einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der den Erhalt von möglichst vielen Schulstandorten, die Einführung einer integrativen Sekundärschule, die Verringerung der Klassenfrequenzen, ein hohes Maß an Durchlässigkeit, kostenfreie Schülerbeförderung usw. vorsieht. Unser Gesetzentwurf fand allerdings keine Zustimmung bei der Regierungskoalition.

Den Gesetzentwurf der Koalition halten wir für einen Schnellschuß, der die wichtigsten Probleme unseres Schulsystems in keiner Weise löst.

Gefahr oder Chance

Ein-Euro-Jobs sind »Arbeitsgelegenheiten« für die Empfänger/innen des Arbeitslosengelds II, ohne Arbeitsvertrag und gegen eine Mehraufwandsentschädigung von ca. einem Euro pro Stunde. Bei höchstens sechs Stunden Arbeit pro Tag bleiben den Beschäftigten netto rund 65 Euro im Monat. Seit 1. Januar müssen Ein-Euro-Jobs angenommen werden. Kritiker wie die Erwerbslosen bei ver.di sprechen deshalb von »Workfare« – Arbeitszwang.

ver.di bewertet die Jobs differenziert: Sie können eine Brücke ins Arbeitsleben sein, bergen aber Gefahren. Es entsteht der Anreiz, reguläre Beschäftigungen abzubauen und durch Ein-Euro-Jobs zu ersetzen. Auf das Lohngefüge wird Druck ausgeübt. Viele Erwerbslose werden durch Ein-Euro-Jobs aus der Statistik herausfallen. Die Qualität von Arbeit im Dienstleistungsbereich kann sich verschlechtern.

Tauschringe:

Alternative zum Kapitalismus oder Elendsverwaltung?

Teil 5: »Dinge tun, die Spaß machen«

Ende vorigen Jahres gründete sich auf Initiative des Vereins Lokalen Agenda 21 Eberswalde und der evangelischen Kirchengemeinde Finow ein Tauschring für Eberswalde. Inzwischen verfügt der Eberswalder Tauschring über von allen Tauschringmitgliedern getragene »Spielregeln« und gibt sogar eine eigene »Markt-Zeitung« heraus. Seit zwei Monaten gibt es jeden Mittwoch eine Sprechstunde im Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel (17 bis 19 Uhr). Und einmal monatlich trifft sich der Initiativkreis, um über die weitere Entwicklung zu beraten.

Die »Barnimer Bürgerpost« hatte die Gründung des Tauschrings zum Anlaß genommen, eine schon im Frühjahr 2004 im BBP-eMail-Diskussionsforum geführte Diskussion zu den theoretischen Grundlagen vieler Tauschringe nun auch in der BBP-Papierausgabe widerzuspiegeln und zugleich weiterzuführen. Im Zentrum standen dabei die Theorien von Silvio Gesell (1862 - 1930), auf die sich auch viele Tauschringe als ihre theoretische Grundlage beziehen. Rückkoppelnd auf die BBP-Artikel frische Anfang des Jahres auch die Theorie-Diskussion im BBP-Forum wieder auf. Nach dem Ausflug in die Tiefen der Theorien der Politischen Ökonomie soll im Teil 5 dieser Artikelserie die Ausgangsfrage wieder in den Mittelpunkt rücken: Sind Tauschringe eine Alternative zum Kapitalismus oder nur Mittel der Elendsverwaltung?

Der Exkurs in die Kritik der Politischen Ökonomie dürfte hinreichende Beweise geliefert haben, daß von Tauschringen, die die Gesellschen Lehren zu ihrer Theoriegrundlage erkoren haben, keine emanzipatorischen Impulse erwartet werden können. Die Schwundgeldtheorie mit dem ausschließlichen Blick auf den Zins verschleiert das Wesen der heutigen Probleme. Die Entwicklung des globalisierten Hightech-Kapitalismus läßt sich nicht mit der Simulation einer einfachen Warenproduktion auf regionaler Basis aufhalten.

Das angesichts der globalen Konkurrenz als potentieller Verlierer dastehende kleine Bürgertum bildet die soziale Basis für die »Zins-knechtschaftslehre« Gesells. Sie wollen jede »Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse« (Dominique Voigt) vermeiden und das überschaubare Vergesellschaftungsniveau ihrer Kleinproduktion konservieren.

Das ist jedoch ein Kampf gegen Windmühlenflügel. Die Entwicklung des Kapitalismus ist mit einer beständigen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse verbunden. Alles, was einer immer effektiveren Wertproduktion im Wege steht, fällt der Zerstörung anheim. Der dem Kapitalismus immanente Zwang zur beständigen Einsparung an lebendiger Arbeit zerstört aber letztlich auch die eigene gesellschaftliche Grundlage. Denn nur der Einsatz lebendiger Arbeit produziert Mehrwert. Vollautomatische Fabriken sind in vielen Branchen längst keine Utopie mehr. Sie produzieren hocheffektiv, die geschaffenen Werte enthalten aber fast nur noch die bereits im konstanten Kapital vergegenständlichte Arbeit. Lebendige Arbeit setzen nur noch das Aufsichtspersonal und die Reparaturbrigade zu. So bald die gesamte Branche so arbeitet, lassen sich kaum noch Profite erzielen. Der »sinnlose« Selbstlauf der Kapitalverwertung verliert seinen »Sinn«.

Diese allgegenwärtige Entwicklung ist mit erheblichen gesellschaftlichen Turbulenzen verbunden. Handels- und »Weltordnungs«kriege einschließlich Terrorismus, Klimakatastrophen, Entindustrialisierung, Zusammenbruch der Sozialsysteme und vor allem die zunehmende Massenarbeitslosigkeit sind dafür Ausdruck. Angst ist die vorherrschende Reaktion.

Die Krise ist allgegenwärtig. Doch als Lösung bietet selbst die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene Linke nur die Restaurierung der bestehenden Verhältnisse an: Wachstum, Ausweitung der Produktion, Investoren, die neue Arbeitsplätze schaffen sollen –

anderes hört man kaum. So wird letztlich nur der Kreislauf fortgesetzt. Neue Arbeitsplätze sind meist hochproduktiv. Die früheren Beschäftigungszahlen werden selbst bei erweiterterem Produktionsumfang nicht wieder erreicht. Die extensive Erhöhung des Ausbeutungsgrades ist der zweite Weg, um dem Verfall der Profitrate entgegenzuwirken. Auch die immer zahlreicher werdenden prekären Beschäftigungsverhältnisse verkauft man als »Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen«. Vor allem im Dienstleistungssektor dominieren zunehmend Niedrig- und Niedrigstlöhnen. Die Ein-Euro-Jobs tun ihr übriges.

Tauschringe haben dem im Grunde nichts entgegenzusetzen. Als gesellschaftlicher Gegenwurf taugen sie nicht. Zumindest, wenn auf die Gesellschen Theorien zurückgegriffen wird. Tauschringe bleiben der Warengesellschaft verhaftet. Allerdings können Tauschringe durchaus helfen, die Lebensqualität der von den Auswirkungen der Krise Betroffenen zu verbessern. Das kann durchaus mit dem Begriff »Elendsverwaltung« einigermaßen treffend denunziert werden.

Dieser »Elendsverwaltung« will sich der Eberswalder Tauschring durchaus nicht verschließen. »Sich mal was leisten können«, heißt es dementsprechend am Infobrett des Tauschrings im Gemeindezentrum an der Potsdamer Allee. Doch ist das nur ein Aspekt. Zum Grundverständnis des Tauschrings ist zu lesen: »Grundidee ist, daß sich die Menschen zusammenfinden, Talente, Erfahrungen, Fertigkeiten untereinander austauschen. Tauschringe sind organisierte Nachbarschaftshilfe, ökonomische und soziale Selbsthilfe.« Die Kommunikation steht also im Mittelpunkt, »Dinge tun, die Spaß machen, Hilfe erhalten und anbieten, die eigene Kreativität entdecken und weiterentwickeln«.

Der Warentausch wird zum Vehikel. Vielleicht also doch eine Alternative?

GERD MARKMANN

Halbierung der Verkehrsbelastung erwartet

Eberswalde (leu/bbp). Nach Zählungen aus den Jahren 1998 und 2000 wird die Bundesstraße 167 in Höhe des ehemaligen Behördenzentrums (Finanzamt/Arbeitsamt) an der Eberswalder Straße täglich von ca. 20.200 Kfz befahren. Das teilte das Baudezernat jetzt auf Anfrage mit.

Das Bundesstraßenbauamt hat im Zusammenhang mit dem 1. Bauabschnitt der Umgehungsstraße B 167 neu keine Berechnungen zur Auswirkung auf das städtische Verkehrsnetz vorgenommen. Aufgrund eigener Verkehrsberechnungen kann die Stadtverwaltung

Eberswalde jedoch einschätzen, daß bei Fertigstellung des 1. Bauabschnittes der B 167n mit drei Knotenpunkten (Gewerbegebiet Finowfurt, Angermünder Straße und Breite Straße in Nordend) nur noch ca. 10.000 Kfz/Tag auf diesem Abschnitt der »Eberswalder Straße« verbleiben werden.

Für den zweiten Bauabschnitt der B 167n ist das Raumordnungsverfahren noch nicht begonnen worden. Erst das sich daran anschließende Linienbestimmungsverfahren wird eine annähernde Lage der künftigen Trasse vorgeben. Die Entlastungswirkung der des 2.

Bauabschnittes der Umgehungsstraße B167n für die Stadt Eberswalde ist aber von der Entfernungslage der Trasse zum Stadtgebiet und von den Verknüpfungspunkten mit dem städtischen Straßennetz abhängig. Deshalb ist dazu zum jetzigen Zeitpunkt keine gesicherte Aussage möglich. Da der verlagerbare Durchgangsverkehr aus Richtung Osten, d.h. der von Bad Freienwalde bis zur Autobahn durchfließende Verkehr, relativ gering ist, ist allerdings mit einer nennenswerten weiteren Reduzierung der Verkehrsbelegung im Bereich Eberswalder Straße kaum zu rechnen.

Der »Barnimer Weg« der PDS

von Albrecht Triller

Vor der Kommunalwahl wurden SPD und CDU im Kreistag von der PDS gescholten, sie hätten den »Barnimer Weg« verlassen zum Nachteil für den Landkreis. Als die PDS nach der Kommunalwahl 2003 stärkste Fraktion wurde, sollte dem »Barnimer Weg« neues Leben eingehaucht werden. Das wäre allerdings nur bis die CDU durch Überläufer der PDS den Rang als stärkste Fraktion ablief.

Beim Neujahrsempfang der PDS Barnim 2005 wurde erneut bejammert, daß andere Parteien den »Barnimer Weg« nicht mitgingen. Doch dann, nach dem Hartz IV-Sonderkreistag, ein Lichtblick: Der MOZ-Berichterstatter zum Sonderkreistag machte aus, der »Barnimer Weg« habe doch funktioniert.

Funktioniert der »Barnimer Weg« tatsächlich? Ist der »Barnimer Weg« ein erfolgversprechender Politikansatz der PDS? Haben sich die Genossen im Barnim schon gefragt, was der »Barnimer Weg« tatsächlich bedeutet?

Die Verfechter des »Barnimer Weges« gehen von folgenden Thesen aus: In der Kommunalpolitik ist kein Platz für Parteipolitik. In der Kommunalpolitik geht es um fachlich-sachliche Entscheidungen für die Bürger. Im »Wettbewerb der besten Ideen und Lösungswege ohne parteipolitische Egoismen« liegen Chancen für die Entwicklung des Landkreises und seiner Bürger.

Das hört sich erstmal gut an: endlich eine Partei, die nicht ihre Parteipolitik, sondern das Wohl der Bürger in den Mittelpunkt rückt.

Aber schon am Beginn gründlicheren Nachdenkens ergeben sich viele Fragen. Was bedeutet »das Wohl« und welche »Bürger« sind gemeint? Antworten sind zu schnell zur Hand, etwa: »Alles, was den Menschen nutzt« ist zu ihrem Wohle und natürlich geht es uns um das »Wohl aller Menschen«.

Wer solches meint, mag vielleicht ein guter Mensch sein, aber er wird seine Ziele nie erreichen – und ein Sozialist ist er dadurch noch lange nicht. Wer so denkt, verkennt oder ignoriert, daß wir in einer Klassengesellschaft leben. In der gibt es nicht »die Menschen«. Die soziale Stellung der Menschen ist sehr verschieden, und wir erleben gerade, wie eine große Menschengruppe, nämlich die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, durch Hartz IV aus der Gesellschaft ausgegrenzt und per Gesetz in die Armut gedrängt werden.

Die Grenzen zwischen den Klassen und Schichten würden verschwimmen, heißt es. So differenziert die Stellung gesellschaftlicher Gruppen und einzelner Individuen auch sein mag, so ist es doch immer noch die jeweilige Stellung zu den Produktionsmitteln und der sich daraus ableitende Anteil am geschaffenen Mehrprodukt. Und es hat sich seit Marx nichts daran geändert, daß der Besitzer der Produktionsmittel den Mehrwert für sich beansprucht

und dem Lohnabhängigen nur die Reproduktionskosten für seine Arbeitskraft bezahlt.

Die Kreistagsfraktion einer sozialistischen Partei muß sich deshalb schon fragen lassen, für wessen Wohl sie sich einsetzen will, wessen Interessen sie vertreten will.

Hier nun meint die PDS im Barnim, in der Kommunalpolitik sei kein Platz für Parteipolitik. Kommunalpolitik sei Sachpolitik. Wozu brauchen wir dann überhaupt politische Parteien in den Kommunen und im Landkreis? Dann könnten doch die Verwaltungen die kommunalen Angelegenheiten allein regeln! Dann brauchte man bestenfalls Fachgremien, die die Verwaltung beraten und unterstützen!

Parteienvertreter sind aber immer auch Vertreter konkreter politischer Interessen. Sie sind ja gerade in die Politik gegangen, weil sie ihre spezifischen parteipolitischen Zielstellungen umsetzen wollen. Die Entscheidungsspielräume in der Kommunalpolitik sind relativ gering, weil Landes- und Bundespolitik die Grenzen setzen. Aber wenn Abgeordnete zu Entscheidungen gefordert sind, dann sind sie es als Politiker und nicht als Fachleute (daß Politiker trotzdem Sachkenntnisse brauchen, versteht sich selbstredend). Die politische Bedeutung von kommunalen Entscheidungen ist mal größer und mal kleiner. In jedem Falle wird die politische Sicht auf die Entscheidung von der jeweiligen Parteipolitik geprägt sein. Ja, sie muß es sogar sein, wenn sie die Interessen der zu Vertretenden berücksichtigen soll. Je nach parteipolitischen Zielen werden sich die angestrebten Lösungen unterscheiden. Die Behauptung, Parteipolitik habe in der Kommunalpolitik nichts zu suchen, ist entweder Täuschung und Selbsttäuschung oder Verkenning objektiver Sachverhalte und Zusammenhänge.

Vor diesem Hintergrund ist auch das Gefasel vom »Wettbewerb der besten Ideen und Lösungen ohne Partei egoismen« reine Utopie oder Verirrung. Wer andere zum »Wettbewerb« herausfordert, hält sich wohl selbst für den Besten. Die PDS im Barnim wird nicht müde zu wiederholen, daß ihre (besten) Vorschläge nur aus parteipolischem Geplänkel nicht akzeptiert werden. Aber wer soll denn darüber befinden, welche Vorschläge die besten sind? Die Vorschläge der anderen werden an den eigenen Zielen gemessen. Das führt doch jeden »Wettbewerb um die besten Ideen und Vorschläge« in der Kommunalpolitik ad absurdum.

Was also soll ein sogenannter »Barnimer Weg«. Es ist ein Weg des Verzichtes auf eine klare politische Zielstellung, der Weg der Selbstverstümmelung der politischen Ziele bis zur Unkenntlichkeit. Es ist der Weg der Illusion, es gäbe einen Weg zur Veränderung der Gesellschaft gemeinsam mit dem politischen Gegner. Es ist der Weg der Barnimer PDS, sich selbst politisch überflüssig zu machen.

Der Hartz IV-Kompromiß

Sehen wir uns die Entscheidung des Kreistages einmal näher an, die der MOZ-Autor für die Frucht des »Barnimer Weges« hält.

Die PDS hatte im Landtagswahlkampf gegen die Hartz IV-Gesetze Front gemacht und viele Wählerstimmen gewonnen. Seit August 2004 gehen auch im Barnim Hartz IV-Betroffene auf der Straße. Zu den Forderungen der Eberswalder Montagsdemo gegenüber der Kommunalpolitik gehörte von Beginn an die Stellungnahme der Kommunalparlamente gegen Hartz IV und die Bildung von Betroffenenbeiräten in den Kommunen und beim Landkreis. Entsprechende Initiativen der PDS in Eberswalde und im Kreistag blieben zunächst aus. In der StVV Eberswalde argumentierte die PDS, ein Betroffenenbeirat wäre beim Landkreis anzusiedeln. Die Kreistagsfraktionsvorsitzende versprach zuerst Unterstützung, sah dann aber keine »Mehrheitsfähigkeit« für einen Beirat. Von Versuchen, Resolutionen gegen Hartz IV einzubringen, ist nichts bekannt.

Endlich im Dezember forderte die PDS einen Sonderkreistag zu Hartz IV – »zur Beantwortung ihrer Fragen«! Die Fraktion beantragt einen »Beirat«. Es ist aber nicht der von Eberswalder Montagsdemo geforderte Betroffenenbeirat, sondern ein Instrument zur »Begleitung der Umsetzung von Hartz IV« – das ist nicht zu übertreffende Sachpolitik, allerdings mit sehr geringem Ideengehalt. Daß auch zwei Betroffene im Beirat sind, ist nicht mehr als Kosmetik. Ein Zusammenwirken mit Eberswalder Montagsdemo gab es nicht.

Eine mit der »Eberswalder Montagsdemo« abgestimmte Kreistagsvorlage zu einem wirklichen Betroffenenbeirat brachte die Fraktion Grüne/Freie Wähler ein. Die PDS-Fraktion versagte jedoch ihre Unterstützung. Schließlich sind die eigenen Ideen die besseren.

Das Produkt des »Barnimer Weges« war in der Konsequenz ein Beschluß des Kreistages mit der Empfehlung an den Landrat, gemeinsam mit der Arbeitsagentur einen Beirat als Erfüllungsgehilfen für Hartz IV bei der Arge zu gründen. War schon bei der ursprünglichen Vorlage keine PDS-Handschrift zu erkennen, so hatte diese in Konsensgesprächen während der Auszeit des Kreistages weiter an Substanz eingebüßt. Daß sich im Kreistag für die Vorlage eine Mehrheit fand, dürfte zudem wohl eher den vor dem Kreishaus demonstrierenden Betroffenen zu danken sein.

Sie hatten sich zudem eine Einwohnerfragestunde erkämpft und stellten acht Einwohnerfragen. Als Gäste des Kreistages ließen sie im weiteren ihre Zustimmung oder ihr Mißfallen deutlich werden. Die Hartz IV-Betroffenen, die den Kreistag miterlebt haben, werden ihre Zweifel haben, ob die PDS-Fraktion die Interessen der Betroffenen vertreten hat bzw. vertreten wollte. Die PDS-Basis ist gut beraten, sich der Frage nach dem Weg und dem Ziel der Barnimer PDS-Politik zu stellen.

Dauerthema Telekomstraße

Da sind sie – MOZ macht's möglich – am 11. Januar mit Leserbriefen auf einer Seite vereint, die Eiferer und Geiferer gegen den Flugplatz. Nein! Diesmal gegen die Telekomstraße. Oder doch gegen den Flugplatz? Es geht ihnen um die Bewahrung der Natur, um Schlangen und Echsen, um Lärm, Benzinverbrauch und Schadstoffausstoß – so schreiben sie. Da habe ich allerdings ernste Zweifel. Ginge es ihnen wirklich um solche hehren Ziele, dann hätten sie Gelegenheit gehabt, sich z.B. zur Streckenführung der »B 167 neu« zu engagieren. Stichwort Südvariante, die Eberswalde, Finow und Finowfurt und den Flugplatz ideal – lärm- und schadstoffarm – an die Autobahn anbinden würde. Aber genau da liegt der Hund begraben. Es geht ihnen gar nicht um die Telekomstraße. Es geht wieder einmal darum, vernünftige Verkehrslösungen zur Erschließung des Flugplatzes – Voraussetzung für dessen Entwicklung – zu torpedieren. Verhindern werden sie die Vernunft auf Dauer nicht können, so wie sie eine bedarfsgerechte Entwicklung des Flugplatzes, nichts anderes will die erdrückende Mehrheit der Bürger, nicht verhindern werden.

Die Telekomstraße, erst seit 1995 heißt sie so, war nie stillgelegt. Sie konnte nur 40 Jahre lang nicht von deutschen Autos befahren werden. Sie war bis 1996 in einem gut befahrbaren Zustand – bis zu dem Zeitpunkt, als große Teile mit »Fördermitteln« zerstört wurden um sie danach – natürlich wieder gefördert – neu bauen zu können. Ein Teil ist ja sogar schon fertig! Einen kompletten Neubau als mautfreie Konkurrenz für den Schwerlastverkehr wird es nicht geben, nicht nur, weil dafür niemand Geld hat und ausgeben will. Das sollten wir dem Wald wirklich nicht antun! Aber eine Straße, auf der man mit dem PKW mit 50 km/h oder mit dem Fahrrad nach Biesenthal und vielleicht sogar an den Samithsee fahren kann – vielleicht gibt es ja dann dort auch wieder ein Ausflugslokal, das wäre eine echte Bereicherung für den Kreis. Ich kenne nur wenige Bürger, die eine solche vernünftige und auch gar nicht so teure Lösung (die Straße ist ja schon da!) nicht begrüßen würden – verbohrte Flugplatzgegner ausgenommen!

JOHANNES MADEJA

5-Megawatt-Windrad

Trampe (nau/bbp). Der Trampler Windradhersteller REpower Systems AG stößt in neue Bereiche vor. Das Unternehmen ging 2001 aus dem Zusammenschluß von den drei mittelständischen Unternehmen bwu (Trampe), Jacobsenergie (Husum) und Pro-Pro (Rendsburg) sowie einer Mehrheitsbeteiligung an der Denker und Wulf AG (Sehestedt) hervor. Herr Koch, Vertreter von REpower im Energiesparkontor Barnim, informierte zur 2004er Abschlußversammlung des Vereins über den Bau der ersten 5-Megawatt-Windkraftanlage und deren Inbetriebnahme.

Zwangsarbeit im Waldlager Britz (Teil I)

Feiertags gab's Fleisch mit Maden

Vor 60 Jahren befreiten die alliierten Streitkräfte Deutschland von der Hitlerdiktatur. Bei ihrer Befreiung stießen sie u.a. auf entsetzliche Tatsachen – auf die Konzentrationslager.

Unser Verein forscht seit etwa zehn Jahre erfolgreich zu den beiden Außenlagern des Frauen-KZ Ravensbrück, die sich in Finow und Eberswalde befanden. Über diese berichteten wir schon mehrfach. Neben diesen KZ-Außenlagern gab es aber auch noch Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeitslager, in denen es nicht minder grausam zugeht.

Vor wenigen Tagen erhielten wir eine Anfrage aus Frankreich. Hyann Hennequin, der Enkel der 1924 geborenen Ukrainerin Olga Stoma Semyonovna, fragte nach dem »Eberswald Lager Wald Britz«. Er beschreibt das Leben seiner Großmutter in diesem Lager, in dem auch zwei ihrer Cousinen, Helena Stoma Yvanovna und Yevgenia Stoma Tsitovna, eingesperrt waren.

Bei der Ankunft im Lager Sommer 1942, mußten sich alle entkleiden, um desinfiziert zu werden. Die Duschräume trugen die Aufschrift »Bad und Desinfektion«. Danach erhielten alle eine Art Uniform in den Farben grün/olivgrün, khaki – die Farben des Militärs. Die Jacke hatte drei Knöpfe und die Hose reichte ihnen knapp über das Knie.

Olga Semyonowna wohnte mit 18 anderen Gefangenen in einem Raum. Zwölf von ihnen arbeiteten in der Waffenherstellung im Märkisches Stahlformwerk, das als Sägewerk getarnt war. Die Großmutter mußte mit fünf anderen Gefangenen aus ihrer Holzbaracke für die SS in der Küche Kartoffeln schälen, während für die Gefangenen die Kartoffeln nur gebürstet wurden, so daß immer etwas Erde hängen blieb. Die sechs in der Küche eingesetzten Frauen mußten täglich 18 Stunden arbeiten und jede etwa 150 kg Kartoffeln schälen. Sie arbeiteten unter der Aufsicht von zwei zivilen Köchinnen – Frau P. und Frau B. – und des Chefkochs Herrn Schr.

Die Gefangenen erhielten je nach ihrer Herkunft ein Zeichen, welches auf den Rücken genäht wurde. Die Juden erhielten einen Judenstern, die Polen ein großes »P«, die Russen ein großes »OST«, die französischen Gefangenen ein »KG«, die Zigeuner ein großes »X«.



Die »Führer« vom Waldlager Britz. Auf dem Foto unten zeigt Lagerbaracken kurz vor ihrem Abriß.

Geweckt wurden um vier Uhr morgens mit der lauten Order: »Achtung, Aufwachen!«

Der Speiseplan war folgender: Morgens: Ersatzkaffee, Mittag: vier Kartoffeln, zum Abend: vier Kartoffeln und eine Ration Schwarzbrot. An Feiertagen gab es heißes Wasser, Ruttabagua und Fleisch, welches mit großen Maden durchsetzt war.

Nach Aussagen der Großmutter wurde das Lager 1945 von allen verlassen. Offiziere, SS, Mithelfer und Gefangene flohen vor den Russen, die immer näher kamen. Alle Zigeuner wurden auf der Flucht erschossen, weil sie zu langsam waren. Man wollte unbedingt die Amerikaner als erstes treffen, weil man Angst hatte, von den Russen getötet zu werden. Die Rote Armee war jedoch schneller und so wurden die Gefangenen Gott sei Dank befreit und in die Obhut des Roten Kreuzes gegeben. Alle Deutschen flüchteten wie die Hasen in den Wald.

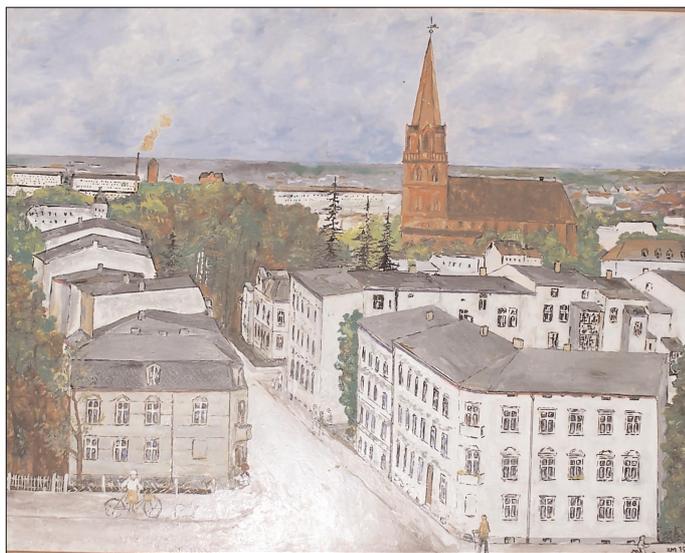
HOLGER KLICHE

Quelle: GWI Eberswalde, Bildarchiv, Waldlager Britz, 1942, Gruppenfoto vor Holzlager

Wir bitten die Leserinnen und Leser um Mithilfe durch das zur Verfügung stellen von Bildmaterial, Erlebnisberichte über die Lager oder Fabriken, in denen Zwangsarbeit verrichtet werden mußte. Im April werden wir für 10 Tage ehemalige Zwangsarbeiter aus der Ukraine bei uns zu Besuch haben, die erstmals nach ihrer Zwangsarbeit deutschen Boden betreten. Kontakt: Geschichtswissenschaftliches Institut beim Verein Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde e.V., c/o Grundschule Schwärzensee, Kyritzer Str. 17, 16227 Eberswalde



Eberswalder Ansichten



SIEGFRIED KERSTEN
Blick auf Eberswalde, Öl

WHG Eberswalde:

Keine Mietschulden durch Hartz IV?

Die Stadtfraktion der PDS Eberswalde hatte am 17. Januar den Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs GmbH Eberswalde Rainer Wiegandt eingeladen. Gesprächsinhalt war die beabsichtigte Entwicklung der Gesellschaft unter den Bedingungen der sinkenden Einwohnerzahlen der Stadt.

Die Gesellschaft verzeichnet derzeit einen Wohnungsleerstand von ca. 17 Prozent. Dies fordert neben dem abgestimmten Stadtrückbau von 314 Wohneinheiten in diesem Jahr die Beschreitung neuer Vermarktungswege. Hier beabsichtigt die Gesellschaft eine innerbetriebliche Neustrukturierung der Verwaltungsarbeit. Die »Von A bis Z – Verwaltung« soll mittels Teambildung kurze Wege für Mieter und potentielle Mieter anbieten. Unter Beachtung der altersmäßigen Entwicklung der Bevölkerungsstruktur sind weiterhin vorgesehen:

- eine erhöhte Aufmerksamkeit bei der Klärung der Anforderungen und der Bedürfnisse an die Wohnungen und das Wohnumfeld insbesondere bei älteren Mietern
- durch ein spezielles Wohnungsmarketing die Familiennähe verschiedener Generationen fördern, z.B. durch Nachbarschaftswohnen
- die Möglichkeit von Seniorenwohngemeinschaften anbieten.

Als Vorteil für alle Mieter der WHG soll in Kürze eine WHG-Card als Mietercard angeboten werden. Diese soll für die Wohnungsmieter den Anreiz schaffen, für einen Bonus in Höhe von drei Prozent bei den Gewerbemietern der WHG die dort angebotenen Leistungen und Waren in Anspruch zu nehmen. Dieses Bonus-system soll neben den Bewohnern und Nutzern des Eigentums der WHG auch für die Mitobjekte gelten, welche durch die Gesellschaft fremdverwaltet befinden.

Nachfragen von Fraktionsmitgliedern gab es insbesondere zur Erhöhung der Gaspreise sowie zu den Auswirkungen der Bescheide nach den Vorschriften von Hartz IV. Bezüglich der Gaspreiserhöhung führte Herr Wiegandt aus, daß die Gesellschaft keine Widersprüche zur Preiserhöhung eingelegt hat. Gemäß seinen Ausführungen liegen die Preiserhöhungen bei ca. 7,5 Prozent. Die Auswirkungen der Preiserhöhung konnten teilweise durch die derzeitigen vertraglichen Regelungen, die größtenteils eine Trennung von Arbeitspreis und Leistungspreis beinhalten, gemindert werden. Nach der Information von Herrn Wiegandt wird die derzeitige Preiserhöhung durch den hiesigen Versorger nicht vom Kartellamt überprüft.

Inwieweit die Bescheide der Hartz IV Betroffenen Auswirkungen auf die WHG haben, bleibt abzuwarten. Bisher bemühte sich die Gesellschaft um eine Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und dem Landkreis Barnim. Hier wurde bereits erreicht, daß die direkten Mietzahlungen an die WHG, analog der ehemaligen Verfahrensweise bei den Sozialhilfeempfängern, erhalten bleiben. Weiterhin wurde eine Liste über betroffene Mietschuldner abgestimmt. Hier beabsichtigt die Gesellschaft bei der Suche nach Lösungswegen weiterhin aktiv mitzuwirken. Inwieweit sich die Differenzen zwischen den tatsächlichen und den durch die Agentur für Arbeit anerkannten Betriebskosten auswirken, ist derzeit noch nicht erkennbar. Diese Differenzen entstehen bekannterweise unter anderem durch die Nichtanerkennung der Kosten für die Warmwasseraufbereitung. Zu befürchten ist, daß es zu einem Anstieg weiterer Mietschulden kommen wird.

WOLFGANG SACHSE, Vorsitzender der PDS-Fraktion in der StV Eberswalde

Landwirt als Energiewirt

Die 7. EUROSOLAR-Konferenz »Der Land- und Forstwirtschaftler als Energiewirt« findet vom 17. bis 18. Februar in Bonn statt. Die erschöpflichen Erdölvorkommen machen es notwendig den Grundstoff Erdöl durch solare Rohstoffe, also durch pflanzliche Grundstoffe, zu ersetzen. Bei diesem Strukturwandel wird entscheidend sein, ob der Landwirt nicht nur Rohstofflieferant ist, sondern auch an Weiterverarbeitungsschritten direkt beteiligt wird. Nur so können die Wertschöpfungsketten aus landwirtschaftlichen Nutzflächen gesteigert werden und sich neue Einkommensquellen für den Landwirt erschließen. Hermann Scheer wird im Rahmen eines Abendvortrags: »Die Zeit drängt – Unabhängigkeit von Erdöl durch Bioenergie« die Zeitperspektive beleuchten, die für eine Umstrukturierung notwendig ist. Weitere Vorträge widmen sich den Themen »Weg vom Öl mit Biomasse«, »Biomassennutzung in Europa« und »Produktion von Treibstoff und die Bedeutung von neuen Akteuren in der Landwirtschaft« (www.eurosolar.org).

IRM PONTENAGEL

Brücke der Solidarität

Bernau (spa). Auf Initiative der Gesangsgruppe KALINKA des Arbeitslosen-Service Bernau und mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Aussiedler, Kontingentflüchtlinge und Ausländer bei der PDS Bernau fand am 11. Januar auf dem Bernauer Markt ein Solidaritätskonzert zur Unterstützung der Flutopfer statt. Die KALINKA`s selbst spendeten 100 Euro. Die Beteiligten wollten eine musikalische Brücke zu den Betroffenen schlagen. Die KALINKA`s stellten aus ihrem Programm russische, ukrainische, kasachische und deutsche Volkslieder vor.

Postfilialen erhalten

Die Zeitschrift Postforum titelt in ihrer Ausgabe vom Januar 2005 »Aus dem Staatsbetrieb wurde ein erfolgreicher Globalplayer. 10 Jahre Deutsche Post AG – ein Grund zum Feiern.«

Das sehen sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Gäste der Bernauer Waldsiedlung sicherlich etwas anders. Denn inzwischen mußten sie zur Kenntnis nehmen, daß die einzige Postfiliale in ihrem Stadtteil geschlossen werden soll. Wahrlich kein Grund zum Feiern.

Und dabei sollte es doch die Aufgabe der Post sein, als Dienstleister vor Ort präsent zu sein. Mit der Schließung allerdings sind Einwohner und Gäste der Waldsiedlung gezwungen, wegen ihrer Postangelegenheiten nach Wandlitz, Stolzenhagen oder auch Bernau zu fahren, was eine hohe Mobilität voraussetzt. Das ist so nicht hinzunehmen. Die Stadtverwaltung sollte sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt der Postfiliale in der Waldsiedlung stark machen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Der Utopie dicht auf den Fersen?

Auf der Kommune-Infotour 2005 stellen KommunardInnen aus den Kommunen Niederkaufungen, Buchhagen, Feuerland/Uckermark, Karmitz/Wendland, Alla Hopp in Bremen sowie Waltershausen ihre Erfahrungen vor. Immer mehr Menschen sind auf der Suche nach Alternativen zur herrschenden, kapitalistischen Ellbogengesellschaft und unzufrieden mit einem Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen basiert, und das in erster Linie der Gewinnmaximierung dient. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer, ökologische Katastrophen zerstören die Lebensgrundlage vieler Menschen. Millionen sind weltweit auf der Flucht, oder sie werden Opfer von wirtschaftlich motivierten Kriegen der globalen Großmächte.

Der Einsatz für menschenwürdige Strukturen und den Erhalt unserer Umwelt muß heute oberste Priorität haben. Eine Möglichkeit besteht darin, das Leben in Kommunen und Gemeinschaften zu organisieren, in denen unterschiedlichste Menschen altersgemischt zusammen leben und arbeiten. Die Bündelung von Energien und Ressourcen und der gemeinsame Besitz von Gebäuden und Produktionsmitteln

eröffnet Alternativen in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

»Wir sind nicht so anmaßend zu denken, wir hätten die allein selig machenden Konzepte in dieser Situation«, heißt es von Seiten der Kommune-Tour-Gruppe, »aber durch den Aufbau solidarischer Lebensformen, gerechter Arbeitsverhältnisse, durch Abbau sexistischer und rassistischer Strukturen sowie der Infragestellung des alltäglichen Konsumverhaltens wollen wir am Aufbau einer gerechteren Welt mitwirken.«

Die Kommune-Infotour 2005 findet am ersten Februarwochenende ihren Abschluß mit Veranstaltungen in Potsdam (Freitag, 4.2., 19.30 Uhr im Buchladen Sputnik, Charlottenstr. 28, 14467 Potsdam), Berlin (Sonnabend, 5.2., 16 Uhr, im Thomas-Weissbecker-Haus, Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin) und Neubrandenburg (Sonntag, 6.2., 19 Uhr, im ArcheN, Soziokulturelles Bildungszentrum, Reitbahnweg 38, 17034 Neubrandenburg). Weitere Info per E-Mail: hans@mind.de oder telefonisch 05864-986905 AB der Wendland-Hof e.g.

aus dem Newsletter des Instituts für Neue Arbeit (INA), Köln-Mühlheim

Mitgliederversammlung

Die nächste Mitgliederversammlung des Barnimer Bürgerpost e.V. findet am Dienstag, dem 22. Februar, um 17.00 Uhr im Bürohaus Ulrich-Speicher (Friedrich-Ebert-Str. 12) statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. der Jahresabschluß 2004, die Information zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit des Vereins durch das Finanzamt Eberswalde sowie der Arbeits- und Finanzplan 2005.

Dr. Manfred Pfaff (Vorsitzender)

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 7 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____
2. Unterschrift Abonent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum) _____

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

termine

Eberswalde

Di, 10.2., 14 Uhr Natur und Umwelt, AG Senioren der PDS Eberswalde, Bierakademie, Eisenbahnstr. 27

Di, 10.1., 14.30 Uhr USA-Reise – vorgestellt von Fam. Strenge, Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft, Brunnenstr. 14
Di, 22.2., 17 Uhr Mitgliederversammlung, Barnimer Bürgerpost e.V., Ulrich-Speicher, Friedrich-Ebert-Str. 12

Mi, 23.2., 20 Uhr Lieder mit Barbara Thalheim, Sparkassen-Forum, Michaelisstr. 1

Fr, 25.2., 17 Uhr Mitgliederversammlung, Ortsverband PDS Eberswalde,

Mi, 23.2., 19 Uhr Mitgliederversammlung, Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V., Bierakademie, Eisenbahnstr. 27

Umwelt-AG bei der PDS

Eberswalde (bbp). Im Dezember fanden sich mehrere Mitglieder der PDS Barnim zusammen, um eine »AG Umwelt« ins Leben zu rufen. Die AG will dazu beitragen, daß Umweltthemen besser und fundierter als bisher Bestandteil der Politik der PDS Barnim werden. Die kommunalen Abgeordneten der Partei finden oftmals zu wenig Zeit und Muße, um sich intensiv mit der fachlichen Spezifika der Umweltpolitik zu beschäftigen. Hier will die AG Hilfe und Unterstützung bieten. Um diesem Ziel entsprechen zu können sind weitere Mitglieder in der »AG Umwelt« gern gesehen. Eine Mitgliedschaft in der PDS ist für eine Mitarbeit keine Voraussetzung (Kontakt: Christian.Rehmer@web.de oder Tel: 03334-387628).

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Dosto (1), GWI (2)
Markmann (4), Triller (1).

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktionsschluß: 29. Januar 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26.2.2005, 12 Uhr.